

FRANKFURT MAGAZIN

Vorstellung
unserer
Kandidaten
zur Kommunal-
wahl 2021

Wir alle. Für Frankfurt.



Aus der Partei

Kreisparteitag
2021

Seite 8

Aus der Partei

Interview mit
Erika Pfreunds Schuh

Seite 14

CDU im Dialog

Interview mit
Markus Frank

Seite 18

CDUvsMüll

World
Cleanup Day

Seite 31

Inhalt

Editorial	3
Aus der Partei - Landesparteitag	6
Aus der Partei - Kreisparteitag	8
Aus der Partei - Kandidatenliste	10
CDU in Aktion -	
Interview mit Erika Pfreundschuh	14
CDU im Dialog -	
Interview mit Markus Frank	18
Aus der Partei - Brüssel	22
Aus der Partei - Berlin	23
Aus der Partei - Wiesbaden	24
Gastbeitrag von Astrid Hamker	27
Vereinigungen	28

Impressum

Herausgeber: CDU-Kreisverband
Kurt-Schumacher-Straße 30-32
60313 Frankfurt a. M.
Tel. (069) 153099-0
info@cduffm.de, www.cduffm.de

Redaktion: Ann-Kristin Müller (akm, V.i.S.d.P. für die Parteiarbeit),
Jan Schneider (js),

Freie Autoren: Jochen Heumann (jh), Axel Kaufmann (ak),
Wolfram Roos (wr), Sara Steinhardt (ss), Prof. Dr. Matthias Zimmer (mz)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die
Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder.

Titelseite: S-F / Shutterstock.com

Herstellung: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 20.09.2020
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 20.11.2020



8

Bild: privat

Aus der Partei Kreisparteitag 2021



14

Bild: privat

CDU in Aktion Interview mit Erika Pfreundschuh



18

Bild: Stadt Frankfurt am Main

CDU im Dialog Interview mit Markus Frank



31

Bild: privat

World Cleanup Day

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie halten die nunmehr dritte Ausgabe in diesem Jahr unseres Mitgliedermagazins in den Händen. Einmal mehr wird der gesellschaftliche Zusammenhalt derzeit auf die Probe gestellt. Wir haben einen Parteitag in der Heimstätte des FSV abgehalten, der nur möglich war, weil sich alle an die Regeln gehalten haben. Das Ergebnis unseres Zusammenhalts am Kreisparteitag kann sich sehen lassen. Ich möchte mich daher noch einmal ganz persönlich bei allen Beteiligten bedanken!

Passend zu der anstehenden Kommunalwahl haben wir mit der Vorsitzenden der Senioren Union, Erika Pfreundschuh gesprochen, welche Themen der Senioren Union wichtig sind und wo es noch Optimierung Bedarf in Frankfurt gibt.

Wussten Sie, wie viele Aufgaben die Stadtpolizei Frankfurt hat? Und wussten Sie, dass die Stadtpolizei eine kommunale Einrichtung ist, die viele Großstädte gar nicht haben. Eingeführt wurde die Stadtpolizei unter Boris Rhein und weiterausgebaut hat sie unser Dezernent Markus Frank. Wir haben mit Markus Frank gesprochen, über Frankfurt, die Sicherheit in der Stadt und auch über das Thema Sauberkeit. In einer immer komplexeren Welt werden diese Berufe immer wichtiger.

Trotz derzeitiger Herausforderungen fand der diesjährige World Cleanup Day mit erneuter Teilnahme der CDU Frankfurt statt. Viele Stadtbezirksverbände waren vor Ort im Einsatz, um für mehr Sauberkeit zu sorgen.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.

Viele Grüße



Ann-Kristin Müller, Chefredakteurin

Editorial



Unsere erste Kommunalwahl-Spendenaktion



ICH SPENDE

250 € für einen Wesselmann

Geben Sie diese Karte mit Ihren Kontaktdaten ab – und überweisen Sie auf das genannte Spendenkonto. Bitte geben Sie den genannten Verwendungszweck an. Vielen Dank!

Vorname: _____
Name: _____
Straße, Hausnummer: _____
PLZ / Wohnort: _____
Unterschrift: _____

Aus der Partei



Jan Schneider, Kreisvorsitzender der CDU Frankfurt

Wir alle. Für Frankfurt.

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Frankfurt,

die vergangenen Monate der Corona-Krise haben viel von uns gefordert: Das Leben in unserer lebendigen Metropole ist in vielen Bereichen noch immer stark eingeschränkt. Die Gastronomie, die Hotellerie und der Einzelhandel waren und sind durch die Einschränkungen des öffentlichen Lebens hart getroffen. Selbst finanzkräftige Weltkonzerne wie »

die in Frankfurt beheimatete Lufthansa haben schwer zu kämpfen und müssen beinahe jede Woche neue Sparpläne bekannt geben.

Der Wirtschaftsstandort Frankfurt steht auf dem Prüfstand

Für uns alle sind dies äußerst fordernde und nachdenklich machende Zeiten. Ich kann Ihnen versichern, dass die Spitze der CDU Frankfurt und alle unsere Amts- und Mandatsträger in Bund, Land und Stadt die Interessen der von der Corona-Krise betroffenen Menschen und Branchen im Blick haben und entschlossen daran arbeiten, eine möglichst rasche Rückkehr zur Normalität zu ermöglichen. Unser Ziel ist es, unsere Wirtschaft sowie unsere Bildungs- und Kultureinrichtungen schnellstmöglich wieder in Gang zu bringen. Viele Beobachtungen und Erfahrungen, die wir in den letzten Wochen und Monaten gemacht haben, werden uns lange in Erinnerung bleiben: Wer hat schon einmal unsere Stadt an Sommerabenden in weiten Teilen so leer gesehen? Wer hätte monatelange Schulschließungen für möglich gehalten? Und wer macht sich keine Sorgen um unseren innerstädtischen Einzelhandel, wenn man die Zeil und die angrenzenden Straßen so leer wie nie sieht?

Dass der Alltag heute ein gänzlicher als vor der Pandemie ist, erkennt man, wenn die Schulkinder mit einer Schutzmaske im Unterricht sitzen, wenn man nur „maskiert“ einkaufen oder den Bus nicht ohne Mund-Nasen-Bedeckung betreten kann. Deshalb möchte ich mich bei Ihnen bedanken: für Ihr Vertrauen in unsere Politik, für Ihre Geduld und Ihr Engagement für Ihre Familie, für Freunde und Bekannte. Dies alles ist nicht selbstverständlich und leider wissen wir auch heute nicht, wann wir endlich wieder zu unserem gewohnten Alltag zurückkehren können. Umso dankbarer und zufriedener bin ich über das, was unsere Partei in den letzten Wochen geleistet hat.

Bereit für die Kommunalwahl am 21. März 2021

Als CDU Frankfurt haben wir an den unterschiedlichen Stellen in der Stadtpolitik unseren Beitrag dazu geleistet, so früh wie nur möglich Normalität in unserer Stadt zu gewährleisten. Und gleichzeitig hat der Kreisverband ohne Pause die Kommunalwahl vorbereitet. Mit einem in vielerlei Hinsicht außergewöhnlichen Kreisparteitag im FSV-Stadion haben wir unsere Kandidatenliste für die Kommunalwahl am 14. März 2021 beschlossen.





Uns ist es gelungen, eine gute Mischung aus neuen Politikerinnen und Politikern und erfahrenen Persönlichkeiten aufzustellen, die alle Delegierten zu überzeugen vermochte. Es gab keine Gegenkandidaturen und stattdessen breite Zustimmung zu unserem Personalangebot für die Kommunalwahl. Dies ist ein starkes Zeichen dafür, dass wir alle Interessen berücksichtigt haben und ein zukunftsfähiges Team zusammengestellt haben. Unser Personaltableau soll jünger, weiblicher und auch ein Stückchen bunter werden, so wie es in einer echten Großstadt- und Volkspartei sein muss. Unter den gegebenen Bedingungen ist dies alles andere als selbstverständlich, aber wir haben als Partei auch hier sehr eindrücklich unsere Leistungsbereitschaft und Geschlossenheit bewiesen. Zusätzlich zu dieser vorausschauenden Personalpolitik haben wir auch ein Kommunalwahlprogramm auf den Weg gebracht, das alle nur erdenklichen Facetten des Großstadtlebens aufgreift und detailliert zu einem großen Ganzen zusammenfügt. Unser Programmentwurf, der mit großem Elan von der Programmkommission in intensiver Arbeit aus den einzelnen Beiträgen der Fachausschüsse und Vereinigungen erstellt wurde, liegt jetzt den Verbänden zur finalen Bearbeitung vor, und wir freuen uns über die eingehenden Anregungen. Diese werden in die finale Fassung des Wahlprogramms einfließen, über die ein eigener Kreisparteitag im November endgültig beschließen wird. In welcher Form auch immer vorher noch Anregungen bei der Programmkommission eingehen werden, so sicher ist schon heute, dass die CDU Frankfurt herausragende Akzente setzen wird - von der Stärkung der kommunalen Gesundheitsversorgung bis hin zu einer innovativen Wohnungsbaupolitik, die durch kluge Impulse zu mehr Wohnungen führen kann.

Deutliche Abgrenzung zur politischen Konkurrenz

Im Laufe der vielen lebhaften Diskussionen zum neuen Wahlprogramm, in das - wie in der gerade erwähnten Gesundheitspolitik - hochaktuelle Erfahrungen mit eingeflossen sind, wurde allerdings nicht nur klar, dass wir so nah wie möglich an den Sorgen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sind. Es wurde ebenso unmissverständlich deutlich, wie sich unser politisches Weltbild und unsere Ziele von denen der anderen Parteien unterscheiden. Als Partei von Maß und Mitte, die sich aus gutem Grund als einzige Frankfurter Volkspartei versteht, müssen und wollen wir alle Menschen im Blick haben. Eine pure Klientelpolitik, zumal auch noch von engstirnigen Ideologien getragen, kommt für uns nicht in Frage. Und so muss man schon deutlich auf die Unterschiede hin-

weisen, wenn etwa die SPD eine Verkehrspolitik propagiert, die auf mehr als 300.000 Berufspendler überhaupt keine Rücksicht nimmt. Hat diese Partei in ihrer andauernden Beschäftigung mit sich selbst denn völlig vergessen, dass der Wirtschaftsstandort Frankfurt ohne diese Arbeiter und Angestellten deutlich leistungsschwächer und ärmer wäre? Dass viele Wohltaten in Infrastruktur, Kunst und Kultur ohne die entsprechenden Gewerbesteuereinnahmen schlicht unmöglich wären? Wir als CDU Frankfurt sind uns dieser besonderen Verantwortung bewusst und lassen niemanden wie einen lästigen Bittsteller an der Stadtgrenze stehen. Bemerkenswert ist dieses Vorgehen der SPD vor allem deshalb, da es eben diese Frankfurter SPD war, die vor nur wenigen Jahrzehnten im Sinne einer „autogerechten Stadt“ ganze Stadtteile auseinandernehmen wollte und etwa auf dem Grüneburgweg Hochtrassen für den PKW-Verkehr vorsah. Ob diese brutalistische Politik bereits damals gezielt - und provozierend - das Bürgertum ins Visier nahm, so wie es heute wieder den Anschein hat? So sachorientiert wir auch mit der SPD und den Grünen in einer gemeinsamen Koalition zusammenarbeiten, so deutlich ist aber auch: Wir stehen für eine solide bürgerliche Politik, in der Antworten auf alle Probleme passgenau zu finden sind. Denn wir wissen, dass Maßnahmen, die etwa im Nord-, Ost- und Westend durchaus hilfreich sind, in Harheim oder in Unterliederbach so niemals funktionieren würden.

Und natürlich gibt es etliche jüngere Wählerinnen und Wähler, die ihr Herz eher bei den grünen Mitbewerbern haben. Die Angebote sind „trendy“ und wirken heute auf den ersten Blick „attraktiv“. Doch was ist morgen? Und was ist, wenn sich die eigenen Lebensperspektiven im Laufe der Zeit verändern? Auch diese Bürger wissen, dass eine reine Klientelpolitik teuer ist und eben nicht alle mitnimmt. Kann man sich eine solche elitäre und letztlich risoreiche Politik auch morgen noch leisten? Wer hier an alle denkt, sorgt auch für sich selbst vor. Unsere Politik - das beweist das neue Wahlprogramm - ist zukunftsfest! Man kann und man sollte sich diese Politik leisten - zum Wohle Aller. Lassen Sie uns hierfür offensiv werben!

Ihr

Jan Schneider





Bilder: Tobias Koch

Volker Bouffier wurde als Landesvorsitzender wiedergewählt, genauso wie unser Generalsekretär Manfred Pentz

CDU Frankfurt stark im neuen Landesvorstand vertreten

Es war ein symbolträchtiger Ort, an dem Ende September der 115. Landesparteitag der CDU Hessen stattfand: in der Halle des „Sauerland Sterns“ im upländischen Willingen, dem Ort an dem Volker Bouffier der Nachfolger von Roland Koch wurde.



Durch ein innovatives Hygienekonzept wurde der turnusmäßige Parteitag zur Wahl des neuen Vorstandes sowie der Delegierten zum Bundesparteitag bzw. zum Bundesausschuss ermöglicht. So idyllisch der Tagungsort auch gelegen ist und geradezu symbolisch für die ganze Schönheit des Landes Hessen steht, so eingeschränkt war doch die Tagesordnung des Parteitages aufgrund zahlreicher Vorschriften. Die

Zahl der möglichen Gäste war ebenso stark eingeschränkt und es gab auch nicht wie üblich Informationsstände von Vereinen oder institutionellen Ausstellern die einen beliebten kommunikativen Rahmen von Landesparteitagen bilden. Zwei Besonderheiten prägten diesen Parteitag dabei auf besondere Weise. Zum einen kandidierten deutlich mehr Bewerberinnen und Bewerber als üblich für die Funktion als Beisitzer im Landesvorstand. Zum anderen kandidierte der bisherige Landesvorsitzende Volker Bouffier erneut für den Vorsitz der CDU Hessen. Bouffier war von einer schweren Krankheit betroffen, hat diese aber überwunden und ist wieder gesund. Infolgedessen wurden seine erneute Kandidatur und die weitere Ausübung des Ministerpräsidentenamtes als ein für Hessen und die Bundespolitik wichtiges Signal der politischen Stabilität und Kontinuität gewertet.

CDU Frankfurt prominent im neuen Landesvorstand vertreten

In seiner energiegeladenen Rede, die trotz vorhandener Abstandsregeln für eine große Begeisterung in der Willinger Kongresshalle sorgte, skizzierte Bouffier klar die aktuellen und zukünftigen Herausforderung für unser Land und die CDU Hessen. Die „Hessenpartei“ verkörpere wie keine andere Partei die bürgerliche Mitte und müsse als letzte Volkspartei auch weiterhin die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger im Blick behalten. Die wirtschaftlichen Folgen der noch immer andauernden Corona-Krise stellten selbst das wirtschaftsstarke Hessen vor ungeahnte Anstrengungen, um einen wirtschaftlichen Kahlschlag in wichtigen Industriebereichen zu verhindern. Die CDU Hessen, so Bouffier vor großem Applaus, sei ein Garant für die sichere Zukunft des Landes und werde mit einer klaren und

verlässlichen Politik den Bürgerinnen und Bürgern auch bei der Corona-Krise zur Seite stehen. Aufgrund seines überzeugenden Auftretens wunderte es nicht, dass Ministerpräsident Volker Bouffier schließlich mit mehr als 92 Prozent der Stimmen erneut zum Vorsitzenden der CDU Hessen gewählt wurde. Und auch die angetretenen Frankfurter Kandidatinnen und Kandidaten vermochten zu überzeugen: Mit deutlichen Mehrheiten wurden der CDU-Kreisvorsitzende Jan Schneider, die Kreismitgliederbeauftragte Sara Steinhardt

und die Bundestagsabgeordnete Bettina M. Wiesmann als Beisitzer im neuen Landesvorstand bestätigt. Prof. Dr. Matthias Zimmer, MdB wurde ebenfalls mit deutlicher Mehrheit als Mitglied des Landespräsidiums bestätigt. So erfreulich das Wahlergebnis auch war, so deutlich war auch die Botschaft der „Willinger Erklärung“, die mit Blick auf die Corona-Krise und die anstehende Kommunalwahl 2021 verabschiedet wurde und hier in Auszügen aufgeführt wird. (wr) ■



Jan Schneider im Gespräch mit Volker Bouffier

Die Willinger Erklärung



(...)Die Herausforderungen für das Land und für die Politik sind immens. Die Menschen erwarten von uns zu Recht, dass wir sie weiterhin vor dem Virus schützen, dass wir ihre Arbeitsplätze sichern und alles daransetzen, ein Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern. Die Soforthilfen für Unternehmen, aber auch öffentliche Investitionen und steuerliche Erleichterungen haben es Unternehmen ermöglicht, Arbeitsplätze zu erhalten und ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden. In der akuten Krise war dies so richtig, wie es außergewöhnlich war. Es hat großen wie mittelständischen Unternehmen, aber auch Familienbetrieben und Gewerbetreibenden die nötige Zeit verschafft, sich auf die Krise einzustellen und ihre wichtigste Ressource, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zu schützen. In dem Maße, wie sich die Wirtschaft erholt, müssen staatliche Unterstützung und Intervention dem Wettbewerb und der Innovation wieder Platz machen. Dort, wo coronabedingt weiterhin eine erhebliche Einschränkung des Geschäftsbetriebes gegeben ist, müssen die Hilfsangebote auch im weiteren Verlauf der Krise durchgehalten und gegebenenfalls angepasst werden. Insbesondere muss der Zugang zu den Überbrückungshilfen vereinfacht werden. (...)Nur eine starke Wirtschaft, die auf gut ausgebildete Fachkräfte setzen kann, ist in der Lage, soziale Standards und Wohlstand zu erhalten. Dies kann auf Dauer aber nicht nur mit staatlichen Finanzhilfen gelingen, sondern auch mit einer star-

ken und wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Nur so können wir unsere Verantwortung für eine nachhaltige und generationengerechte Politik wahrnehmen. Deshalb werden wir auch unsere erfolgreiche Politik ausgeglichener Haushalte ohne neue Schulden so rasch wie möglich fortsetzen. Die Corona-Pandemie hat zu außergewöhnlichen Herausforderungen für viele Menschen geführt; in unserem Gesundheitssystem, in den Alten- und Pflegeheimen, in vielen Bereichen der Wirtschaft, Vereinen, Schulen und Kitas und nicht zuletzt in vielen Familien. Diese Herausforderungen konnten wir nur meistern, weil ganz viele Menschen Außerordentliches geleistet haben. Ihnen allen gebührt unser aufrichtiger Dank.

Die Krise hat auch gezeigt, wie wichtig eine verlässliche Betreuung und Beschulung unserer Kinder ist. Wir sehen dies auch als zusätzliche Motivation, unser Engagement beim Ausbau der Kinderbetreuung in Hessen fortzusetzen. In der Krise halten die Hessen zusammen. Überall im Land entstanden Nachbarschaftshilfen, und die Menschen haben gezeigt, dass sie in der Krise zusammenrücken und füreinander da sind. Dieser gesellschaftliche Zusammenhalt ist es, der unser Land stark macht. Das Ehrenamt und die vielen privaten Initiativen haben unzählige Hilfestellungen erbracht, ohne die eine Krise nicht zu bewältigen wäre. Mit www.hessen-helfen.de hat das Land den zahlreichen Gruppen und Initiativen eine Plattform, einen Heimathafen gegeben. Ob Einkaufshilfe, Fahrdienste oder Apothekendienste: Dieses gelebte Miteinander hat uns

Kraft und Optimismus verliehen, die Krise zu bestehen. Dieses gelebte Miteinander macht uns stark und muss bewahrt werden. So wollen wir in verantworteter Weise sobald wie möglich auch zurück zu unserem normalen Miteinander.

Demokratie lebt vom zwischenmenschlichen Austausch - in den Gremien und auf der Straße. Diesen Austausch gilt es zu organisieren. Der politische Diskurs darf sich nicht verstecken, denn Demokratie lebt vor allem von der Sicht- und Spürbarkeit ihrer Vertreterinnen und Vertreter. Dies gilt für die parlamentarische Arbeit im Bundestag und Landtag ebenso wie in den vielen kommunalen Vertretungen und Stadtverordnetenversammlungen. Es gilt aber auch für unseren Wahlkampf zur Kommunalwahl, die Vereinsarbeit, Parteitage und sonstige gesellschaftliche Veranstaltungen. Den politischen Parteien kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, denn sie haben den verfassungsrechtlichen Auftrag, an der Gestaltung, Vermittlung und Legitimierung politischer Entscheidungen mitzuwirken. Diesen Auftrag nehmen wir ernst. Mit unseren Kandidaten und Kandidatinnen, einem klaren Programm, Kreativität und leidenschaftlichem Einsatz arbeiten wir dafür, auch bei der Kommunalwahl im nächsten Frühjahr wieder stärkste kommunale Kraft in Hessen zu werden.

Die ganze „Willinger Erklärung“ können Sie im Internet aufrufen unter:

<https://parteitage.cduhessen.de/2020/data/pdf/2020/09/26/4-5f6f59fe883e7.pdf>



Unser Spitzenkandidat Dr. Nils Köbler mit den Kandidaten der Listenplätze 2-10 und unser Kreisvorsitzender Jan Schneider

CDU Frankfurt hat die Kandidatenliste für die Kommunalwahl 2021 beschlossen

Das beste Angebot für Frankfurt

Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen: Aufgrund der noch immer andauernden Corona-Pandemie und des einzuhaltenden Fahrplans zur Kommunalwahl 2021 führte die CDU Frankfurt ihren Kreisparteitag zur Aufstellung der Kandidatenliste im FSV-Stadion am Bornheimer Hang durch.

Damit war die CDU Frankfurt die erste Partei überhaupt in der aktuellen Krise, die mit einem ungewöhnlichen, aber höchst effektiven Schritt Handlungsfähigkeit bewies. Und sie stellte die entscheidenden Weichen für ein überzeugendes Personalangebot an die Wählerinnen und Wähler. Maximal 250 Delegierte waren für den Tagungsort, die PSD-Arena im Riederwald, zugelassen und mussten sich auf den Rängen der Haupttribüne verteilen, um die erforderlichen Sicherheitsabstände einzuhalten. Das Podium des Kreisparteitags wiederum stand gegenüber der Haupttribüne direkt auf dem Spielfeld des FSV-Stammsitzes. Der Parteitag, lebendig moderiert vom Generalsekretär der CDU Hessen, Manfred Pentz, erinnerte aber nicht nur vor dem Hintergrund dieses außergewöhnlichen Umfelds durchaus an ein Sportereignis. Auch die Atmosphäre und

die eigene Dynamik zeugten von der aktuellen Energie und den neuen personalpolitischen Ansätzen der CDU Frankfurt.

Die neue Liste – Kontinuität und frische Energie

Dies verdeutlichten vor allem die beiden Redner des Parteitages, der Kreisvorsitzende Jan Schneider und der Fraktionsvorsitzende Dr. Nils Köbler nachdrücklich. In seiner Begrüßung skizzierte Schneider zunächst die aktuellen Herausforderungen, im Rahmen der Corona-Krise den strikten Fahrplan zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2021 einhalten zu können. Einerseits gelte es, selbstverständlich und aus guten Gründen alle Corona-Schutzmaßnahmen einzuhalten und die Schwächsten unserer Gesellschaft hierdurch zu schützen. Andererseits müsse neben dem bald zu verabschiedenden Wahlprogramm vor allem die

Kandidatenliste für die Kommunalwahl nicht nur formal aufgestellt und verabschiedet werden, sondern auch mit den besten Kandidaten zusammengestellt werden. Dies sei bereits geschehen, denn die neue Kandidatenliste, die zur Abstimmung gestellt werde, sei eine hervorragende Mischung aus neuen und erfahrenen Mitgliedern und zugleich spürbar jünger und weiblicher. Hier treffe bewährte und notwendige Erfahrung auf eine energetische Neugier und die unterschiedlichsten Lebensperspektiven. Schneider zeigte sich überzeugt, dass mit diesen Kandidatinnen und Kandidaten, die im besten Sinne die Frankfurter Stadtgesellschaft repräsentierten, mindestens wieder 30 Sitze für die CDU im Stadtparlament möglich seien. Und diese 30 Sitze seien auf jeden Fall die eigene Zielmarke. Aktuell arbeite die aktuelle Römer-Koalition solide alle Punkte des noch aktuellen



Unsere Delegierten nahmen mit viel Abstand auf der Tribüne platz.



Unser Kreisvorsitzender Jan Schneider eröffnet den Kreisparteitag.

Koalitionsvertrages ab und beweise eine grundsätzliche Handlungsfähigkeit. Gleichzeitig können man jedoch nicht verhehlen, so der CDU-Vorsitzende, dass es gerade mit dem sozialdemokratischen Koalitionspartner nicht nur immer mehr inhaltliche Reibungspunkte gebe. Hauptsächlich mit dem durch den AWO-Feldmann-Skandal im Beschlag genommenen OB sei eine konstruktive Sacharbeit im Magistrat immer seltener möglich.

Ohne die CDU Frankfurt Stillstand in Frankfurt!

Diese Kritik griff dann auch der Spitzenkandidat der CDU Frankfurt, Dr. Nils Kößler, für die Kommunalwahl am 14. März 2021 auf und äußerte eine klare, aber faire Kritik an beiden Koalitionspartnern. Die CDU, so Kößler, sei der eigentliche Motor des Römerbündnisses, während SPD und Grüne leider bei einigen wichtigen Themen auf der Bremse ständen. Zudem sei die CDU Frankfurt die einzige echte Volkspartei in der Stadt, da sie die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger im Blick habe, vom

Arbeiter bis zum Banker. Dies bedeute auch, dass sie bei wichtigen Themen wie dem Wohnungsmarkt oder dem städtischen Verkehr keine Klientelpolitik betreiben könne, wie es andere Parteien täten. „Wir müssen alle mitnehmen und das heißt, dass wir etwa ein Gesamtverkehrskonzept benötigen, und eben nicht die bisherige Flickschusterei in der Verkehrspolitik“, so Kößler. Hier seien Anreize und Angebote statt Verbote gefragt. Insbesondere die missglückte und wieder aufgehobene Sperrung des Mainkais, die zu einer unerträglichen Belastung des nördlichen Sachsenhausens geführt habe, hätte gezeigt, wohin ein planloses Vorgehen führe. Und nicht nur in der Verkehrspolitik braucht die Zukunft mehr CDU. Auch beim für viele Bürgerinnen und Bürger wichtigen Thema Wohnungsbau zeige sich, dass das von der SPD geführte Planungsdezernat für einen Rückgang bei der Fertigstellung unf bei der Genehmigung von Wohnungen verantwortlich sei. Die Erfolgsgeschichte Frankfurts könne und müsse fortgesetzt werden, aber dafür brauche es eine stärkere CDU im Römer.

Daher sei es jetzt entscheidend, mit guten Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung und damit einem überzeugenden Personalangebot den Wählerinnen und Wählern die eigene Kompetenz und Tatkraft zu verdeutlichen.

Liste ohne Änderungen verabschiedet

Sorgten die beiden Reden von Schneider und Kößler zusammen mit der Moderation von Generalsekretär Manfred Pentz für einen frischen Wind an diesem heißen Tag im FSV-Stadion, so hatten auch die Präsentation und die Auswahl der CDU-Kandidaten für den Römer alle Delegierten ausnahmslos überzeugt: Ohne Gegenkandidatur und ohne Reklamation wurde die zur Abstimmung gestellte Kandidatenliste angenommen. Das Signal des Aufbruchs und der Bereitschaft, das von diesem Parteitag ausging, fand auch in den Medien großen Anklang. Die CDU Frankfurt - so die einhellige Meinung - habe sich fit und zukunftsorientiert gezeigt. Eben als moderne Großstadt- und Volkspartei.

(red) ■



Kreisvorsitzender Jan Schneider und Fraktionsvorsitzender Dr. Nils Kößler - ein starkes Team



Souveräne Sitzungsleitung unseres Generalsekretärs der CDU Hessen, Manfred Pentz

Verabschiedung von Angelika Metz aus der Kreisgeschäftsstelle



Jan Schneider, seine stellvertretenden Kreisvorsitzenden und Manfred Pentz



Vorstellung unserer Kandidaten

Stadtteilverbunden Ungezwungen
 Sehr ordnungsgerecht Solidarisch Sportstadt Wirtschaftsstark
 Stärkung des Ehrenamts Kinderfreundlich Großstadt mit ländlichen Stadtteilen
 Shoppen Puls des Lebens International Sozial Herzlich Frankfurt am Main Wirtschaft
 Wohnen im Stadtteil Mein Zuhause Liebenswert Sicherheit Dynamisch Groß Gesellig Grün
 Sehr Mobil Lebensqualität Liebenswert Weltoffen Attraktiv Grüne Soße Handkäse Wunderbar
 Stolz Offen Eintracht Sauberkeit Historisch
 Spannend Positiv Kultur Skyline Innovativ
 Europäisches Zentrum Vielfalt Stadt der Vielfalt
 Bodenständig Modern Verkehr Tolerant
 Bessere Kinderbetreuung Digitalstandort Familienfreundlich Zukunftsfähig Interkulturell
 Tradition Authentisch Ebbelwoi Grüne Stadt Zuhause Kreativ Ländlich Wandel
 Umweltbewusst Ehrlich Banken Zukunftsentwickelt Kontrastreich Stadt der Lebensqualität
 Eine Stadt für Jung und Alt Europastadt SGE Zukunftsorientiert
 Facettenreich Schön Wirtschaftsmetropole mit bürgerlichem Lebensstil
 Lebendig Setzt Impulse Lebensfreude

Heimat

Listenplatz 1



Dr. Nils Kößler
 Mein Frankfurt in drei Worten:
 lebenswert
 sozial
 nachhaltig

Listenplatz 2



Stephan Siegler
 Mein Frankfurt in drei Worten:
 international
 kreativ
 innovativ

Listenplatz 3



Christiane Loizides
 Mein Frankfurt in drei Worten:
 wirtschaftsstarke
 umweltbewusst
 zukunftsorientiert

Listenplatz 4



Sabine Fischer
 Mein Frankfurt in drei Worten:
 Heimat
 eine Stadt für Jung und Alt
 setzt Impulse

Listenplatz 5



Martin-Benedikt Schäfer
 Mein Frankfurt in drei Worten:
 modern
 weltstädtisch
 traditionsbewusst

Listenplatz 6



Christian Becker
 Mein Frankfurt in drei Worten:
 international
 dynamisch
 herzlich

Listenplatz 7



Sara Steinhardt
 Mein Frankfurt in drei Worten:
 familienfreundlich
 sozial
 weltoffen

Listenplatz 8



Yannick Schwander
 Mein Frankfurt in drei Worten:
 Heimat
 Äppelwoi
 Skyline

Listenplatz 9



Ulf Homeyer
 Mein Frankfurt in drei Worten:
 Skyline
 Schoppe
 SGE

Listenplatz 10



Claudia Korenke
 Mein Frankfurt in drei Worten:
 Stadt der Vielfalt
 Stadt der Lebensqualität
 Wirtschaftsmetropole mit
 bürgerlichen Lebensstil



für die **Kommunalwahl** 2021

Listenplatz 11



Frank Nagel
Mein Frankfurt in drei Worten:
lebenswert
zukunftsfähig
sehr mobil

Listenplatz 12



Dr. Albrecht Kochsiek
Mein Frankfurt in drei Worten:
Heimat
Sicherheit
Wandel

Listenplatz 13



Susanne Serke
Mein Frankfurt in drei Worten:
Ebbelwoi
Eintracht
einfach schön

Listenplatz 14



Robert Lange
Mein Frankfurt in drei Worten:
positiv
Heimat
Zukunft

Listenplatz 15



Sybill Meister
Mein Frankfurt in drei Worten:
facettenreich
weltoffen
Heimat

Listenplatz 16



Dr. Thomas Dürbeck
Mein Frankfurt in drei Worten:
-
-
-

Listenplatz 17



Dr. Sascha Vogel
Mein Frankfurt in drei Worten:
weltoffen
nachhaltig
fortschrittlich

Listenplatz 18



Verena David
Mein Frankfurt in drei Worten:
-
-
-

Listenplatz 19



Kevin Bornath
Mein Frankfurt in drei Worten:
Handkäs'
Ebbelwoi
Grie Soß'

Listenplatz 20



Dr. Christoph Schmitt
Mein Frankfurt in drei Worten:
Frankfurt
am
Main

Listenplatz 21



Caroline Friedrich
Mein Frankfurt in drei Worten:
weltoffen
vielfältig
l(i)ebenswert

Listenplatz 22



Christina Ringer
Mein Frankfurt in drei Worten:
sicher
sozial
lebenswert

Listenplatz 23



Leopold Born
Mein Frankfurt in drei Worten:
Adler
Schoppe
Skyline

Listenplatz 24



Dr. Stephan Deusinger
Mein Frankfurt in drei Worten:
-
-

Listenplatz 25



Claudia Ehrhardt
Mein Frankfurt in drei Worten:
Heimat
liebenswert
tolerant



Listenplatz 26



Anita Akmadza
Mein Frankfurt in drei Worten:
liebenswert
liebenswert
sicher und spannend

Listenplatz 27



Inge Cromm
Mein Frankfurt in drei Worten:
modern
liebenswert
bodenständig

Listenplatz 28



Birgit Weckler
Mein Frankfurt in drei Worten:
Europa-Hauptstadt Deutschlands
tolerant und weltoffen
dynamisch, innovativ und progressiv

Listenplatz 29



Viktorija Stojak
Mein Frankfurt in drei Worten:
weltoffen
kontrastreich
ungezungen

Listenplatz 30



Esra Kahraman
Mein Frankfurt in drei Worten:
weltoffen
kulturell
historisch

Listenplatz 31



Dr. Veronica Fabricius
Mein Frankfurt in drei Worten:
-
-
-

Listenplatz 32



Markus Wagner
Mein Frankfurt in drei Worten:
-
-
-

Listenplatz 33



Gero Gabriel
Mein Frankfurt in drei Worten:
Heimat
Tradition
Zukunft

Listenplatz 34



Jörg Löllmann
Mein Frankfurt in drei Worten:
Heimat
Lebensfreude
Vielfalt

Listenplatz 35



Benjamin Wiewiorra
Mein Frankfurt in drei Worten:
Heimat
Zukunft
modern

Listenplatz 36



Ömer Zengin
Mein Frankfurt in drei Worten:
attraktiv
lebenswert
interkulturell

Listenplatz 37



Prof. Dr. Daniel Rhinow
Mein Frankfurt in drei Worten:
Weltoffenheit
Heimat
Digitalstandort

Listenplatz 38



Tanja Raab-Rhein
Mein Frankfurt in drei Worten:
kinderfreundlich
naturverbunden
international

Listenplatz 39



Ingrid Reitzammer
Mein Frankfurt in drei Worten:
lebens- und liebenswert
multikulturell
Sportstadt – Eintracht Frankfurt

Listenplatz 40



Pavlos Tsachidis
Mein Frankfurt in drei Worten:
Heimat
Europastadt
Grüne Soße



Listenplatz	Unsere Kandidaten	Mein Frankfurt in drei Worten
41.	Marco Wagner	weltoffen, modern, vielfältig
42.	Sabrina Becker	-
43.	Margit Grohmann	familienfreundlich, solidarisch, zukunftsorientiert
44.	Christopher Dyhr	international, ländlich, modern
45.	Ioannis Stamatis	Zuhause, international, Lebensqualität
46.	Maximilian Kucera	-
47.	Katja Klenner	lebenswert, grün, Heimat
48.	Ursula Poletti	-
49.	Renate Müller-Friese	-
50.	Axel Kaufmann	-
51.	André G. Kröger	weltoffen, sicher, I(i)ebenswert
52.	Frank Mohr	gemütlich, weltoffen, rockt
53.	Debora Ramona Rieser	-
54.	Patrick Soldo	modern, attraktiv, sicher
55.	Michael Weber	Heimat, großartig, weltoffen
56.	Ernst Peter Müller	Kinderbetreuung, seniorenrechtliches Wohnen, Stärkung des Ehrenamtes
57.	Ralf Porsche	liebenswert, authentisch, mein Zuhause
58.	Hans-Christoph Weibler	stadtteilverbunden, liebenswert, weltoffen
59.	Tobias Fechler	Zuhause, vielfältig, offen
60.	Simone Schmitz	dynamisch, gesellig, international
61.	Christoph Sagebiel	-
62.	Markus Konz	Heimat, Banken, Stolz
63.	Moritz Graf Brühl	-
64.	Thomas Rätzke	-
65.	Friedrich Hesse	Sauberkeit, Sicherheit, Weltoffenheit
66.	Gabriele Cappel	lebendig, ehrlich, weltoffen
67.	Wilfried Bender	Heimat, international, Großstadt mit ländlichen Stadtteilen
68.	Annegret zu Stolberg-Wernigerode	sicher, sauber, digital
69.	Ankin Akyüz	

Listenplatz	Unsere Kandidaten	Mein Frankfurt in drei Worten
70.	Hans-Joachim Ober	-
71.	Dr. Joachim Rotberg	Skyline, grüne Stadt, Eintracht
72.	Jörg Winterling	-
73.	Petra Breitzkreuz	-
74.	Marius Hegmann	-
75.	Dr. Benedikt Burger	-
76.	Dennis O. Ball	-
77.	Michael Schneider	-
78.	Elisabeth Haindl	-
79.	Dr. Philipp Schuller	-
80.	Torsten Gleich	Metropole, Soziodiversität, Heimat
81.	Manuel Tiedemann	bedeutend, tolerant, kinderfreundlich
82.	Dirk de Boer	Kultur, Wirtschaft, Verkehr
83.	Dr. Udo Corts	-
84.	August Wolfgang Hißnauer	-
85.	David Reichwein	-
86.	Catalina Stratulat	-
87.	Prof. Dr. Johannes Harsche	lebenswert, international, dynamisch
88.	Dr. Bernd Heidenreich	-
89.	Dr. Lutz Raettig	-
90.	Albina Nazarenus-Vetter	-
91.	Dr. Matthias Mehl	Heimatsstadt, Schönheit, Zukunft
92.	Johannes von Neipperg	-
93.	Michael Kumnick	groß, schön, wunderbar
94.	Felix Biernot	-
95.	Jan Gehre	Heimat, Apfelwein, lebenswert
96.	Mirko Mucko	Puls des Lebens, grüne Stadt, europäisches Zentrum





Erika Preundschuh ist u. a. auch Vorsitzende der Senioren-Union Frankfurt und seit 2016 stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin

Die Kreisvorsitzende der Senioren-Union über die christliche Soziallehre und die politischen Ziele der Senioren-Union bei der #KW2021

Christina Ringer für das Frankfurt Magazin: Seit wann sind Sie Mitglied der CDU, und warum ist die CDU „Ihre“ Partei?

Erika Pfreunds Schuh: Ich bin seit 1974 Mitglied der CDU und der CDA. Mir war die christliche Orientierung immer sehr wichtig. Die christliche Soziallehre hat mich geprägt: Der Mensch ist wichtiger als die Sache und jeder muss von seinem Lohn leben können. Als ich begonnen habe, mich in den 70er-Jahren bei den Gewerkschaften und später politisch zu engagieren, war das Frauenbild ein völlig anderes als heute. Beruf und Familie waren für Frauen im Grunde nicht zu vereinbaren. Ich habe dafür gekämpft, dass sich das ändert! Und es gibt noch viel zu tun!

Sie sind Stadtverordnete und seit 2016 stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin - in welchen Ausschüssen engagieren Sie sich, und welche Themen liegen Ihnen besonders am Herzen?

Ich bin Jahrgang 47 - ein Nachkriegskind. Diese Zeit hat mich geprägt, weil ich früh verstanden habe, wie wichtig Sicherheit und funktionierende Strukturen sind, deshalb habe ich auch lange in der Finanzverwaltung gearbeitet. Ich gehöre heute den Ausschüssen Recht und Sicherheit, dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Ältestenausschuss an.

Wie kann es gelingen, bis zur Kommunalwahl 2021 mit den anderen Koalitionsfraktionen im Römer sachorientiert zusammenzuarbeiten und wichtige politische Projekte für die Frankfurterinnen und Frankfurter voranzutreiben?

Oberbürgermeister Feldmann hat uns in eine schwierige Situation gebracht, aber die Entscheidung der CDU Frankfurt, die Koalition fortzusetzen, war richtig. Wir als CDU müssen jetzt weiter an unseren Themen arbeiten und vor allem unser Profil schärfen. Der Wähler muss erkennen können, weshalb er uns wählen soll. Es muss allen klar werden: Wir sind die vernünftige Partei, die geradlinig und zum Wohle der Stadt arbeitet!

Sie treten bei der Kommunalwahl nicht erneut als Stadtverordnete an. Wie kam es zu diesem Entschluss?

Die Jüngeren wie Sie müssen auch mal ran (lacht)! Ich war fast 40 Jahre berufstätig und 15 Jahre im Ehrenamt, aber in Wahrheit im

Hauptamt engagiert. Alles hat im Leben seine Zeit und jetzt ist die Zeit für die Familie gekommen - für meinen Mann, unsere Tochter und deren Familie.

„Die christliche Soziallehre hat mich geprägt: Der Mensch ist wichtiger als die Sache.“

Sie sind Vorsitzende der Senioren-Union Frankfurt. Wie haben Sie während des Corona-Lockdowns Kontakt zu den älteren Menschen gehalten?

Die Senioren-Union Frankfurt hat knapp 300 Mitglieder und einen ebenso großen Freundeskreis. Wir haben Briefe an unsere Mitglieder und Freunde geschrieben und Telefonate geführt, Masken organisiert und ausgefahren. Wir haben, mit Hygieneplan, zum Kaffee eingeladen,

über Corona diskutiert und nun aktuell planen wir eine größere Veranstaltung mit Franz Josef Jung, um gemeinsam „30 Jahre Mauerfall“ zu feiern.

»



Bild: CDU-Fraktion

Welche politischen Ziele verfolgt die Senioren-Union Frankfurt für die Kommunalwahl 2021, und für welche Themen werden Sie sich im Wahlkampf gezielt einsetzen?

Seniorenpolitik steht auf vier Säulen: Respekt, Teilhabe, Sicherheit und Solidarität. Das spiegelt sich auch im Wahlprogramm wider. Gerade in der Zeit der Pandemie haben wir wahrgenommen, dass ältere Menschen vereinsamen können und Hilfsangebote brauchen, aber man darf sie nicht entmündigen! Die Altenhilfe ist in Frankfurt im Übrigen nahezu beispielhaft. Ein genereller, bundesweiter Schwachpunkt ist aber die psychiatrische Versorgung von älteren Menschen. Seniorinnen und Senioren dürfen nicht länger mit Tabletten abgespeist und ruhiggestellt werden, sondern brauchen wie jeder andere auch individuelle Hilfs- und Heilungsangebote.

Seniorinnen und Senioren möchten sich außerdem zu Hause und im öffentlichen Raum sicher fühlen. Das betrifft den seniorengerechten Wohnungsbau, den Einbau von Aufzügen genauso wie den

Schutzmann im Stadtteil. Die meisten Seniorinnen und Senioren wollen in ihrem Quartier älter werden können, dazu muss dieses seniorengerecht ausgestattet sein. Eine auskömmliche Rente und eine ausreichende Gesundheitsversorgung sind ebenso wichtige Punkte für ältere Menschen. Und zum Thema Verkehr: Der ÖPNV sollte auch die Senioren berücksichtigen und die Bürgersteige sollten auch für alte Menschen gefahrlos begehbar sein, dort haben Fahrradfahrer, wild parkende Pkws und E-Bikes nichts verloren.

„Seniorenpolitik steht auf vier Säulen: Respekt, Teilhabe, Sicherheit und Solidarität.“

Das aktuelle Foto für das Frankfurt Magazin entstand an einem Ort, der Ihnen viel bedeutet. Verraten Sie uns bitte die Geschichte hinter dem Foto?

Unser Garten in Bergen-Enkheim ist unser kleines Paradies. Er war mal ein Kartoffelacker. Es gibt jeden Tag etwas zu entdecken, da manche Pflanzen sehr „selbstbewusst“ entscheiden, wann sie blühen möchten.

v. r.: Erika Pfreundschuh während des letzten Kommunalwahlkampfes mit Stadtkämmerer Uwe Becker und Dr. Peter Tauber, MdB, in der Kleinmarkthalle





cdu_frankfurt



www.facebook.com/CDUFrankfurt



@cdufrankfurt

CDU in Aktion

15. September Jahresempfang der Fraktion



Entspannte Atmosphäre im FSV-Stadion am Bornheimer Hang: Stadtkämmerer Uwe Becker (stehend) mit weiteren Gästen des Jahresempfangs



Herzliche Begrüßung auch durch den Vorsitzenden der CDU-Römerfraktion, Dr. Nils Köbler

Bilder: Felix Wachendorfer



Nils Köbler überreicht dem FSV-Präsidenten Michael Görner ein Präsent.



Kreisvorsitzender Jan Schneider, Fraktionsvorsitzender Nils Köbler und Michael Görner, Präsident des FSV Frankfurt 1899, stellen sich vor (v. l.).



Jan Schneider begrüßt die Gäste.



Auch Michael Görner richtete ein paar Worte an das Publikum.

CDU im Dialog



Bild: Stadt Frankfurt am Main

Markus Frank mit dem Chef der Stadtpolizei Matthias Heinrich vor Ort in Oberrad

Sauberkeit hat Einfluss auf das Sicherheitsgefühl

Yannick Schwander für das Frankfurt Magazin: Sehr geehrter Herr Frank, das Thema Sauberkeit wird immer kontrovers diskutiert. Daher direkt eine provokative Frage: Wie steht es um die Sauberkeit in Frankfurt?

Markus Frank Sauberkeit ist ein enorm wichtiges Thema in Frankfurt. Sauberkeit hat letztendlich auch einen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl. Sauberkeit zählt im Grunde auf die Sicherheit ein. Daher muss dieses Thema immer im Mittelpunkt der Arbeit des Magistrats stehen und das tut es aber seit Jahren, unter anderem durch die traditionell sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit meines Dezernats mit dem Dezernat der Kollegin Heilig (Anm. d. Red.: Rosemarie Heilig ist Dezernentin für Umwelt und Frauen), welches ja originär für den Bereich Sauberkeit zuständig ist. Die aktuelle Situation rundum das Coronavirus hat die Situation noch einmal besonders focussiert und stellt uns natürlich vor weitere Herausforderungen. Aber diesen begegnen wir mit Sachlichkeit und Augenmaß, das funktioniert seit jeher besser als jedweder Aktionismus, denn Müllsünder und Schmutzfinken gab es schon immer und darum kümmern wir uns. geben.

Gibt es hier auch strukturelle Unterschiede in Frankfurt zwischen Randbezirken und der Innenstadt?

Wenn wir über die Stadtteile sprechen, dann reden wir häufig über illegale Ablagerung von Sperrmüll auf Feldern und in Grünanlagen.

In der Innenstadt haben wir es dagegen mit ganz anderen Problemen zu tun. Hier sind wir vor allem an Hotspots wie dem Mainufer oder dem Friedberger Platz unterwegs und stellen fest, dass einige Menschen leider viel zu häufig ihren Müll einfach liegenlassen und sehr arglos mit ihrer Umgebung umgehen. Man muss daher grundsätzlich zwischen zwei Problemen trennen: Es gibt das ordnungsrechtliche Problem, dem die Stadtpolizei nachgeht, und es gibt die Herausforderung der Verhaltensänderung bei den Bürgerinnen und Bürgern, die sich die Kollegin Heilig mit der Stabstelle „Sauberes Frankfurt“ zur Aufgabe gemacht hat. Das sind keine konkurrierenden Herausforderungen, sondern Aufgaben, die wir gemeinsam angehen.

Die Corona-Pandemie hat einige Dinge verändert. Hat diese auch die Vermüllung der Stadt verschärft?

Ich würde die Situation, die durch das Coronavirus aufgetreten ist, als eine Art Brennglas der grundsätzlichen Entwicklungen bezeichnen. Viele Entwicklungsstufen sind hierdurch schneller verlaufen, positiv wie negativ. Wir haben im Juni 2020 beispielsweise die Bußgelder erhöht und die Sondereinsatztruppe der Stadtpolizei verstärkt. Auch wurden während der Corona-Zeit die Betriebshöfe der FES offengehalten und die kostenlose Abgabe oder Abholung von Sperrmüll ermöglicht. Dennoch haben wir es mit einem Anstieg von Delikten in diesem Bereich zu tun. Die Stadtpolizei hat

auch auf das sicherheitspolitische Problem reagiert und deutlich mehr Kontrollen durchgeführt, allerdings stets mit großem Fingerspitzengefühl. Bei kleineren Vergehen wie zum Beispiel dem weggeworfenen Bonbonpapier geht es um Aufklärung, darum den Bürger und die Bürgerin mitzunehmen. Die Ahndung von solchen Delikten ist immer auch die Wahl zwischen Florett und Säbel, unsere Stadtpolizei beherrscht beide Disziplinen.

Zuletzt gab es bekanntlich große Diskussionen um das Thema Sauberkeit. Einige Verantwortliche entdecken hier wohl plötzlich ein neues Themenfeld, das Sie als Ordnungsdezernent schon lange bearbeiten. Wie haben sich die Aufgaben und Herausforderungen entwickelt?

Sauberkeit und Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Entwicklungen in diesen Bereichen haben in den vergangenen Jahren an Fahrt aufgenommen. Zum einen entdecken viele Menschen die Stadt für sich. Wir erkennen seit Jahren einen Trend, dass die Frankfurterinnen und Frankfurter ihre Stadt bewusst erleben möchten. Das ist schön und auch gut so. Leider aber verstärkt dies auch eine unschöne Entwicklung, nämlich das Hinterlassen von Müll an Ort und Stelle. Da muss man schon auch eine Verhaltensänderung bei einigen Menschen feststellen, die Verantwortung wird abgegeben – nach dem Motto „Das räumt schon irgendwer weg.“ Natürlich hat auch die Veränderung im Konsumverhalten dazu beigetragen. Meine Pizza kann ich mir heute an das Mainufer liefern lassen. Verpackungsmüll wird somit viel schneller und weiter in der Stadt verteilt. Sauberkeit und Sicherheit sind Marathonthemen, die sich nicht für kurzfristige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eignen. Schauen wir uns doch nur an, wie Petra Roth als Oberbürgermeisterin mit diesen Themen umgegangen ist. Sie hatte die Stabstelle „Sauberes Frankfurt“ direkt bei sich angesiedelt und ist mit einer klaren Vorbildfunktion durch die Stadt gezogen. Wenn man mit ihr unterwegs war, dann ist sie an keiner Flasche, an keinem Stück Papier vorbeigelaufen, sondern hat alles aufgehoben und entsorgt. Das war Verantwortungs- bewusstsein für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger.

Erkennen Sie denn derzeit, dass diese Zusammenarbeit schwieriger wird oder dass es in einigen Bereichen größere Probleme gibt?

Es gibt Bereiche, da funktioniert die Zusammenarbeit großartig. Die Kollegin Heilig und ich haben beispielsweise mit vielen Gastronomen der Stadt kluge Ideen und Konzepte auf den Weg gebracht, um insbesondere an den Hotspots Abhilfe zu schaffen. Auch das direkte Ansprechen von Menschen, die kurz zuvor etwas haben liegen lassen, oder präventiv beispielsweise am Mainufer ist ein sehr probates Mittel. Was jedoch gar nicht geht, ist der Vorwurf unseres Oberbürgermeisters an die Stadtpolizei, sie trage quasi zur Vermüllung der Stadt bei. Das hat mich schon sehr betroffen gemacht und ist ein problematisches Zeichen an die fleißigen Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten, das bei diesen auch für große Bestürzung sorgte. Ich finde das generelle Polizeibashing schon äußerst schwierig. Es ist fatal, wenn beispielsweise führen-

de Sozialdemokraten die Polizei als Sündenbock darstellen. Das mache ich nicht mit und da stelle ich mich auch entschieden vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtpolizei. Wir stehen voll und ganz an deren Seite, das habe ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch deutlich zum Ausdruck gebracht.

Sauberkeit ist immer auch ein Sicherheitsaspekt. Wie bewerten Sie daher die Arbeit der Stadtpolizei?

Für die Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten muss ich einmal mehr eine Lanze brechen. Was diese Frauen und Männer leisten, ist einfach phänomenal. Insbesondere in der jetzigen Coronazeit wachsen sie Tag für Tag über sich hinaus. Man muss sich das einmal vorstellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtpolizei haben über 50.000 Kontrollen allein zur Einhaltung der Corona-Vorgaben durchgeführt. Über 4.000 Überstunden sind in dieser Zeit angefallen. Wir haben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wirklich enorm viel zu verdanken. Es war und ist auch ihr Verdienst, dass wir in Frankfurt die Infektionszahlen immer im Griff hatten und sie nie übermäßig anstiegen. Hierzu haben wir übrigens auch viele Zuschriften aus der Bürgerschaft erhalten, die sich dafür bedankt haben. Unsere Stadtpolizei ist einfach Klasse.

Die Stadtpolizei hat ohnehin bereits viele Aufgabenfelder, durch Corona ist auch die Kontrolle der Einhaltung der entsprechenden Vorgaben hinzugekommen. Wer soll diese enorme Arbeit bewerkstelligen? Um wie viele Stellen müsste man die Stadtpolizei aufstocken, um allen Aufgaben einigermaßen gleichberechtigt nachkommen zu können?

Die Stadtpolizei muss wachsen, das ist unbestritten. Die derzeitige Anzahl von rund 200 Stadtpolizisten ist nicht mehr ausreichend, um allen Aufgaben gleichberechtigt nachzukommen. Wenn ich eine Zahl nennen soll, dann würde ich sagen, dass wir im nächsten Stellenplan rund 20 neue Stadtpolizistinnen und -polizisten bräuchten, um den Aufgaben entsprechend nachzukommen.

Aber so einfach, wie es von manch einem politisch Verantwortlichen der Stadt dargestellt wurde, ist es eben auch nicht, Stadtpolizist zu werden. Anders als dargestellt, kann nicht einfach so Jeder mal eben Stadtpolizistin oder -polizist werden. Die Einstellungshürden sind hoch. Man benötigt eine abgeschlossene Berufsausbildung, dann folgen ein vierstufiger Einstellungstest und schließlich eine zehnmonatige spezielle Ausbildung. Möchte man in speziellen Bereichen arbeiten, erfolgt in diesen dann noch einmal eine besondere Aus- und Weiterbildung.

Das alles vorausgeschickt, muss man aber auch noch einmal klar festhalten, dass das Modell der Stadtpolizei in Frankfurt ein absolutes Erfolgsmodell ist. Man darf nie vergessen, dass dies eine freiwillige Leistung der Stadt Frankfurt war und ist, die damals auf Initiative des Ordnungsdezernenten, Boris Rhein, gegründet wurde. Wir haben in diesem Jahr unser zehnjähriges Jubiläum der Kooperation mit der Landespolizei begangen und können hierzu ganz klar sagen, diese freiwillige Leistung lohnt sich. Im Übrigen können sich auch alle Bürgerinnen und Bürger jederzeit bei der »

Stadtpolizei melden, diese kommt den Meldungen immer und auch sehr schnell nach.

Sie sind in den letzten Wochen viel unterwegs und besuchen gemeinsam mit den Ortsvorsteher/innen und Vertreter/innen der Stadtpolizei die Ortsbezirke. Welches erste Fazit würden Sie aus diesen Ortsterminen ziehen?

Die Idee der Termine ist, dass wir gemeinsam mit den Ortsvorstehern und dem Leiter der Stadtpolizei an die Hotspots im Ortsbezirk gehen. Die Menschen in den Stadtteilen nehmen das sehr positiv wahr. Die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher zeigen mir und der Stadtpolizei, wo der Schuh drückt, und wir können direkt an Ort und Stelle erste Ideen entwickeln. Außerdem schaffen wir es so, die Aufgaben und Kompetenzen der Stadtpolizei den Leuten vor Ort auch noch einmal zu erläutern und näherzubringen. Grundsätzlich eignet sich diese Tour durch Frankfurt sehr gut zur Vernetzung der Ortsbeiräte mit der Stadtpolizei und auch um die Unterschiedlichkeit der Stadtteile wahrzunehmen und abzubilden.

Nehmen wir einmal an, eine gute Fee kommt Ihnen entgegen und hätte drei Wünsche für Sie als Ordnungsdirektor, welche wären das?

Mein erster Wunsch wäre, dass die gute Arbeit der Stadtpolizei, aber auch der Landes- und Bundespolizei mehr Wertschätzung, Unterstützung und Respekt erhält.

Als Zweites wünsche ich mir die Verstärkung unserer Truppe, mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Stadtpolizei.

Der dritte Wunsch richtet sich direkt an die Bürgerinnen und Bürger, dass wir alle unseren Beitrag für unsere Gesellschaft auch im Kleinen leisten und Verantwortung übernehmen, sprich, unsere Stadtpolizei aktiv bei ihrer Arbeit unterstützen.



Bild: CDU - Yannik Schwander

■ Unser Dezernent Markus Frank

Aufgaben und Zuständigkeiten



- Abfallrecht
- Ausländerrecht
- Fischereirecht
- Gefahrenabwehr
- Gefahrenabwehrverordnung
- Gesundheitsaufsicht
- Gewerbe- und Gaststättenrecht
- Glücksspielrecht
- Grünanlagensatzung
- Hausrecht
- Immissionschutzrecht
- Jugendschutzrecht
- Kampfhunde
- Ladenöffnungsrecht
- Melderecht
- Nichtraucherrecht

- Personenbeförderungsrecht
- Prostitution, Bekämpfung der verbotenen Prostitution
- Straftaten, Ordnungswidrigkeiten
- Straßenverkehrsrecht
- Straßenverkehrszulassungsrecht für Kraftfahrzeuge
- Umwelt- und Naturschutzrecht
- Versammlungsrecht
- Vollzug der Schulpflicht
- Waffenrecht
- Wasserrecht

Hinzu kommen permanente neue Anforderungen wie z. B. Corona, denen Rechnung getragen wird.

Dr. h. c. Petra Roth vor 25 Jahren zur ersten Oberbürgermeisterin gewählt

CDU Frankfurt ehrt besonderes Dienstjubiläum

Es war eine echte Zäsur in der Stadtpolitik, als Petra Roth am 05. Juli 1995 ihre erste Amtszeit antrat: Als erste Frau überhaupt wurde sie Stadtoberrhaupt von Frankfurt am Main. Mit 51, 9 Prozent hatte sie sich zuvor bei der ersten Oberbürgermeisterdirektwahl 1995 gegen den damaligen sozialdemokratischen Oberbürgermeister Andreas von Schoeler klar durchgesetzt und damit die Frankfurter Kommunalpolitik kräftig aufgemischt. Dabei konnte Roth schon zu Beginn ihrer bis 2012 dauernden Amtszeit auf eine beachtliche Karriere zurückblicken: 1972 aus Begeisterung für Rainer Barzel der CDU als Mitglied beigetreten lernte sie die Kommunalpolitik von der Pike auf, wirkte sie doch von 1972 bis 1988 als Sozialbezirksvorsteherin in ihrem Stadtteil Nieder-Eschbach und von 1977 bis letztlich 1995 als CDU-Stadtverordnete im Frankfurter Römer. Zudem führte Petra Roth von 1989 bis 1992 die Frankfurter Frauen-Union an und war als erste Frau von 1992 bis 1995 Kreisvorsitzende der CDU Frankfurt, dem zweitstärksten Kreisverband der CDU Hessen. Ebenso war Roth von 1990 bis 1994 Vizepräsidentin des Landessportbundes Hessen und von April 1994 bis Januar 1995 Frankfurter Stadtverordnetenvorsteherin.

Schon lange für Frankfurt politisch engagiert

In die erste Reihe der Frankfurter Politik trat Roth dabei bereits 1987, als sie als direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis VI in den Wiesbadener Landtag einzog. Die bekannte CDU-Politikerin übte dieses Mandat bis 1995 mit beachtlichem Erfolg für Frankfurt aus und wurde in dem einstmals sozialdemokratisch dominierten Wahlkreis zweimal wiedergewählt. Petra Roth gelang es in ihrer Amtszeit als Frankfurter Oberbürgermeisterin nicht nur, ebenfalls zweimal wiedergewählt zu werden, was ein besonderes Vertrauen der Frankfurter Bevölkerung in die Amtsführung Roths widerspiegelte. Petra Roth wirkte als Frankfurter Oberbürgermeisterin auch weit über die Stadtgrenzen hinaus und wurde als Präsidentin des Deutschen Städtetages für ihre Arbeit und ihren Politikstil in ganz Deutschland geschätzt. In ihre Schaffenszeit als Oberbürgermeisterin fallen viele wegweisende Entscheidungen, die maßgeblich zum Wachstum und Aufschwung der Mainmetropole beigetragen haben oder deren Erfolg erst angestoßen haben. So verdankt Frankfurt Petra Roths Engagement zu einem Gutteil auch die erfolgreiche Ansiedlung der Europäischen Zentralbank (EZB) und den Wiederaufbau der Frankfurter Altstadt, den Roth mitinitiierte und gegen teilweise sehr starke Kritik durchzusetzen vermochte. Mit ihrem „Frankfurter Weg“ in der Drogenpolitik betrat Roth äußerst erfolgreich einen völlig neuen Weg in der Bekämpfung der Drogensucht und -kriminalität, der viele Menschen aus dem elen-



Oberbürgermeisterin a. D. Petra Roth mit dem CDU-Kreisvorsitzenden Jan Schneider auf dem Römerberg

digen Drogensumpf holte und ihnen damit das Leben rettete. Insgesamt gelang es Petra Roth in ihrer Schaffenszeit, die CDU Frankfurt als moderne Großstadtpartei zu formen und dauerhaft erfolgreich zu etablieren. Hierbei legte sie einen besonderen Wert auf den innerparteilichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt und auf die Weiterentwicklung der Stadtpolitik. Dies zeigte sich auch, als sie im Jahr 2011 selbstlos ihren Rücktritt als Oberbürgermeisterin zum 01. Juli 2012 ankündigte und den damaligen Hessischen Innenminister Boris Rhein als Amtsnachfolger nominierte, um einen Generationswechsel an der politischen Spitze der Stadt zu gewährleisten.

Wegweisende Entscheidungen für Frankfurt

„Die CDU Frankfurt hat mit dieser besonderen Politikerin nicht nur bei Wahlen herausragende Erfolge erzielt. Petra Roth war vielmehr immer Motor eines modernen und lebendigen Frankfurts, das noch heute von ihren wegweisenden Entscheidungen zehren kann. Petra Roth hatte dabei immer eine Vision vom zukünftigen Frankfurt und versuchte immer möglichst umgehend, durch eigene Arbeit und im wahrsten Sinne unermüdliches Engagement diese Vision auch tatsächlich Wirklichkeit werden zu lassen. Petra Roth war und ist noch immer die wahre Powerfrau der Frankfurter Politik, die für uns alle große Fußspuren hinterlassen hat. Dass sie der CDU Frankfurt auch heute noch mit Rat und Tat zur Seite steht, ist für sie selbstverständlich und für uns ein großes Glück. Wir verneigen uns vor Petra Roth“, so der CDU-Vorsitzende Jan Schneider anlässlich des besonderen Jubiläums. (wr) ■

Blick nach Brüssel



Bild: privat

In ihrer ersten Rede zur Lage der Union am 16. September 2020 hat die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen ihre Vision für ein Europa präsentiert, das gestärkt aus der COVID-19-Pandemie hervorgehen soll. Zu Beginn der Pandemie hatten sich die Institutionen der EU wieder einmal schwer

Eurobution: freepik.com

Prof. Dr. Sven Simon

damit getan, ihre Rolle zu finden. Seitdem ist jedoch einiges gelungen. »

 **Schreiben Sie mir Ihre Ideen:**
sven.simon@ep.europa.eu



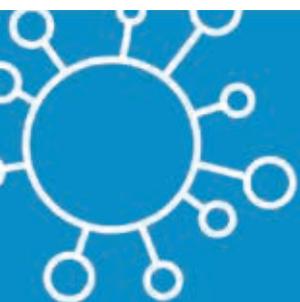
Brief aus Brüssel

Unsere Lehre aus der Pandemie:

An den entscheidenden Stellen gemeinsam stärker werden

Von unserem Europaabgeordneten Prof. Dr. Sven Simon

Die Rückholung Zehntausender Unionsbürger aus der ganzen Welt, der freie Austausch von Hilfsgütern und Waren innerhalb der EU sowie wirtschaftliche Erste Hilfe für den Binnenmarkt. Mit dem Arbeitnehmerprogramm SURE haben wir es geschafft, dass die Arbeitslosigkeit nicht so stark angestiegen ist, wie in vielen anderen Teilen der Welt. Mit dem Programm „Next Generation EU“ hat Europa jetzt die Chance, einen strukturellen Wandel herbeizuführen. Es muss uns gelingen, in Europa nachhaltiger, digitaler und widerstandsfähiger gegen Krisen zu werden. Die Pandemie hat gezeigt, dass es Bereiche gibt, in denen einzelstaatliche Vorgehensweisen den Herausforderungen der Gegenwart nicht gewachsen sind. Deshalb brauchen wir auf europäischer Ebene einen gemeinsamen Innovationsschub. Dazu gehören eine europäische Cloud auf der Grundlage von Gaia-X und massive Investitionen zur Anwendung von künstlicher Intelligenz. Die Digitalisierung wird das Leben und die Struktur von Städten und Gemeinden mehr und mehr prägen. Wir sollten diese Entwicklung positiv nutzen, „Smart-City-Strategien“ entwickeln und den „European Green Deal“ so verstehen, dass es Freude bereitet, daran mitzuwirken. ■



CDU

RKI-Präsident Wieler:

Das Virus ist noch in unserem Land. Wenn wir ihm die Chance geben, sich auszubreiten, dann wird es diese Chance nutzen.

Krankenhaus- zukunftsgesetz beschlossen

Von Prof. Dr. Matthias Zimmer, MdB

Der Bundestag hat das Krankenhauszukunftsgesetz beschlossen. Mit diesem Gesetz soll im stationären Bereich eine qualitativ hochwertige und moderne Gesundheitsversorgung sichergestellt werden. Ziel des Gesetzes ist es auch, den Digitalisierungsgrad der Krankenhäuser zu erhöhen und deren technische Ausstattung zu modernisieren. Konkret werden über einen Krankenhauszukunftsfonds notwendige Investitionen, wie beispielsweise in die Modernisierung der stationären Notfallkapazitäten, eine bessere digitale Infrastruktur oder in die Telemedizin und Robotik, gefördert. Das Krankenhauszukunftsgesetz sieht zudem Maßnahmen vor, um Erlösrückgänge oder Mehrkosten, die im Jahr 2020 aufgrund des Coronavirus entstanden sind, anteilig auszugleichen. Des Weiteren werden verschiedene befristete Regelungen im Bereich der Pflege, die mit Hinblick auf das Coronavirus getroffen wurden, bis zum 31. Dezember 2020 verlängert. Darüber hinaus wird der Leistungszeitraum des Kinderkrankengeldes im Jahr 2020 für jeweils weitere fünf Tage bzw. weitere zehn Tage für Alleinerziehende einmalig ausgedehnt. ■

Mensch. Umwelt. Wirtschaft.

Von Bettina M. Wiesmann, MdB

Eine Welt gestalten, die man gerne der kommenden Generation übergibt. Innovative Wirtschaft, eine sozial gerechte Gesellschaft, leistungsfähige öffentliche Infrastruktur, widerstandsfähige Demokratie, ausgleichende Familienpolitik: Nachhaltigkeit beginnt mit Umweltschutz, ist jedoch viel mehr. Erstmals fanden im Bundestag Nachhaltigkeitstage statt. Die Union lieferte engagierte Debattenbeiträge.

Wichtigste Erkenntnis, u. a. aus den Diskussionen mit Matthias Mehl, Uta Rasche und Prof. Mosbrugger: Die Erde hat begrenzte Ressourcen, gleichzeitig muss Landwirtschaft immer mehr Menschen ernähren. Um das natürliche Kapital zu schützen, braucht es Innovation und Spitzenforschung! Auch Ernährung, siehe die Veranstaltung mit Dietrich Monstadt, MdB, zum metabolischen Syndrom, ist ein Nachhaltigkeitsthema: Die auf Initiative der »

Blick nach Berlin



Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs beschlossen

Anfang September hat der Bundestag ein Gesetz beschlossen, mit dem der Praxis missbräuchlicher Abmahnungen entgegengewirkt werden soll. Die geltenden Anforderungen an abmahnbefugte Wettbewerber und Verbände werden nachgeschärft und auf diese Weise der Kreis der Abmahnbefugten insgesamt eingeschränkt. Zugleich wird Abmahnvereinen mehr Transparenz abgefordert. Ein wesentlicher Ansatz ist zudem, finanzielle Anreize für lauterkeitsrechtliche Abmahnungen abzubauen. ■



Union beschlossene Nationale Diabetesstrategie dient den kommenden Generationen. Die CDU setzt nicht auf Verbote, sondern auf den Einzelnen und sein Verantwortungsbewusstsein für die Gemeinschaft. Aufklärung, Transparenz, Erziehung und Bildung sind neben Unternehmergeist und Technologieoffenheit zentrale Voraussetzungen für mehr Nachhaltigkeit, geschützt durch die liberale Demokratie im europäischen

Verbund, die zum Nachhaltigsten zählt, was wir zu bieten haben.

Vor allem brauchen zukünftige Generationen eine faire, unterstützende und wertschätzende Familien- und Sozialpolitik als sichere Grundlage, die Lust auf eine Entscheidung zum Leben macht, die Schwächsten schützt und Zusammenhalt stiftet. ■



Blick nach Wiesbaden

Hessens gute Zukunft sichern

Von Michael Boddenberg, MdL,
Hessischer Minister der Finanzen

Wir möchten Hessens gute Zukunft sichern und für Stabilität, Sicherheit und Vertrauen sorgen. Dafür haben wir im Hessischen Landtag das Sondervermögen und das „Gute-Zukunft-Sicherungsgesetz“ beschlossen.

Die Hessinnen und Hessen haben einen Anspruch darauf, dass die Landesregierung sie bestmöglich durch die Corona-Krise führt. Wir wissen alle, dass Corona auch in den kommenden Jahren unser Leben massiv beeinträchtigen wird. Und weil wir das wissen, haben wir gehandelt und einen Plan für die kommenden Jahre vorgelegt.

Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Vereine, Kommunen: Alle sollen wissen, dass wir sie im Blick haben und daran arbeiten, ihnen für die kommenden Jahre Sicherheit zu geben. Dieses wichtige Signal für Stabilität und Vertrauen ist unsere zentrale Botschaft. Dafür steht das Sondervermögen, mit dem wir Hessen umfassend und strategisch helfen möchten, um »

75 Jahre Hessen

Von Landtagspräsident Boris Rhein, MdL

Gründung des Bundeslandes und Grundlage für die Entwicklung der Demokratie

Wir feiern in diesem Jahr das 75-jährige Bestehen des Bundeslandes Hessen. Die Gründung war zugleich auch die Grundlage für die Entwicklung der Demokratie in Hessen und ganz Deutschland.

Am 19. September 1945 wurde unser Land Hessen gegründet. Die damalige US-amerikanische Militärregierung unter der Leitung von General Dwight D. Eisenhower verkündete damals die Gründung des Landes „Groß-Hessen“. Territorial wurden damit Hessen-Nassau und der 1918/19 gegründete Volksstaat Hessen-Darmstadt zusammengeschlossen. Rheinhessen inklusive »



Michael Boddenberg, MdL,
Hessischer Finanzminister

Bild: Hessisches Ministerium der Finanzen / Annika List

Bewährtes erhalten und Neues schaffen zu können.

Durch das Sondervermögen „Hessens gute Zukunft sichern“ helfen wir nicht nur mit weiterem Geld für Gesundheitsschutz, den Erhalt von Arbeitsplätzen sowie für unsere soziale und kulturelle Infrastruktur. Wir nutzen auch Chancen, die in der Krise liegen, modernisieren unser Land und investieren etwa in Digitalisierung und Klimaschutz. Das Sondervermögen wird bis 2023 finanzieren, was Hessen gestärkt und nachhaltig die Krise bestehen lässt. Insgesamt stehen dafür Kreditermächtigungen von bis zu 12 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir denken damit über den Tellerrand des Jahres 2020 hinaus, denn das Virus wird sich nicht an Haushaltsjahre halten. ■



Das Gute-Zukunft-Sicherungsgesetz im Überblick

„Hessens gute Zukunft sichern“

- gleicht die durch Corona entstandenen Steuermindereinnahmen aus;
- begleitet die Rechnungen aus der Krise: von Krankenhäusern bis zu Schutzmasken;
- stabilisiert die Wirtschaft und hilft bestehenden Unternehmen, die auch in Zukunft Menschen Arbeit und Einkommen bieten müssen;
- unterstützt Maßnahmen zur Sicherung der sozialen und kulturellen Infrastruktur;
- baut die staatliche Infrastruktur aus und fördert die Kommunen;
- investiert in die Zukunft, um Hessen weiter ökologisch zu modernisieren, noch digitaler zu machen und die Gesellschaft zusammenzuhalten.

der Städte Mainz, Alzey und Worms hingegen wurde durch die Grenzziehung abgeschnitten.

Die Gründung des Landes ebnete auch den Weg für die Hessische Verfassung, die am 29. Oktober 1946 beschlossen wurde und am 1. Dezember des gleichen Jahres in Kraft trat. Damit hatte Hessen als erstes Bundesland nach dem Krieg eine eigene Verfassung. Dass Hessen heute eine der wirtschaftsstärksten und dynamischsten Regionen der Europäischen Union ist, verdanken wir einerseits den Anstrengungen unserer Bürgerinnen und Bürger, aber auch den Vereinigten Staaten, die als Besatzer einen schnellen demokratischen Neuanfang ermöglichen.

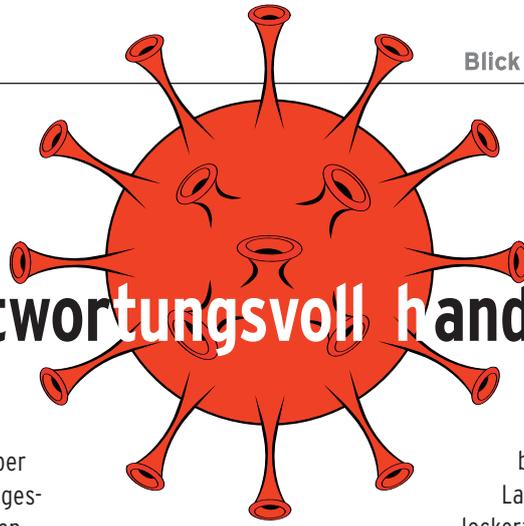
Nach der ersten demokratischen Wahl in der Nachkriegszeit trat der Hessische Landtag erstmals am 19. Dezember 1946 zusammen. Dieses historische Jubiläum wird das Landesparlament im nächsten Jahr entsprechend feiern. ■



Bild: Volker Watschounek

Der Landtagspräsident
Boris Rhein, MdL





Covid-19:

Besonnen und verantwortungsvoll handeln

Von Dr. Ralf-Norbert Bartelt, MdL

Im September konnten weitere Lockerungen im Zusammenhang der Covid-19-Pandemie erfolgen.

Hervorzuheben ist die Aufhebung von Besuchsbeschränkungen durch das Land Hessen in Einrichtungen der Altenpflege und Behindertenbetreuung. Bislang konnte in Altenpflegeheimen nur eine Person dreimal in der Woche den Angehörigen besuchen. In diesem Kontext kann sich das Personal ohne Anlass auf Covid-19 mehrmals testen lassen. Das Land finanziert dies mit 8 Mio. Euro. Die Kindertagesstätten haben wieder den uneingeschränkten Regelbetrieb aufgenommen. In diesem Zusammenhang sind seit dem 19.09. die Zugangsbeschränkungen für Kinder mit Symptomen präzisiert. Für Kinder mit Fieber, trockenem Husten und ggf. Einschränkungen von Geruch und Geschmack ist der Eintritt untersagt. Das fieberfreie Kind mit Schnup-

fen kann aber die Kindertagesstätte besuchen.

Für die Wiederbelebung der Wirtschaft und besonders des Flugverkehrs sind die Ergänzungen der Quarantäneregeln für Geschäftsreisende aus Risikogebieten von Bedeutung. Wer aus Risikogebieten sich maximal 72 Std. hier aufhält, braucht nicht in Quarantäne. Gleiches gilt, wer maximal 72 Std. in ein Risikogebiet gereist ist.

Es ist zu betonen, dass alle Lockerungen zurückgenommen werden, wenn die Zahl der Neuinfizierten 50 Personen in der Woche übersteigt. Dieses wird auf Kreisebene berechnet. Die Einschränkungen bzw. Rücknahme der Lockerungen erfolgen lokal durch das Gesundheitsamt.

Hessen wird weiter besonnen handeln. Wir werden uns nicht an einem „Wettbewerb“

beteiligen, welches Land am schnellsten lockert. Wir müssen uns auf eine neue Normalität einstellen. Auch wenn es hoffentlich im nächsten Jahr einen Impfstoff geben wird, ist das Problem nicht auf Knopfdruck gelöst. Wir wissen insbesondere nicht, wie hoch die Wirksamkeit ist, wie häufig Auffrischungen nötig sind und wann eine Herden-Immunität erreicht ist. Der Bevölkerung ist für die überwiegende Disziplin zu danken. Abstand, Hygieneregeln und Nachverfolgung von Infektionsketten werden noch lange den Alltag bestimmen. Wer sich unsolidarisch verhält, muss es aber auch spüren. Ein Ordnungsgeld von 50 EURO für Personen, die im ÖPNV keine Maske tragen, ist mehr als angemessen.

Blieben Sie gesund. ■

Untersuchungsausschuss zum Mordfall Lübcke:

CDU stellt sich an die Spitze der Aufklärung

Von Uwe Serke, MdL

Im Juni 2020 wurde im Hessischen Landtag der parlamentarische Untersuchungsausschuss 20/1 zum Mordfall Dr. Walter Lübcke eingesetzt. Die CDU-Landtagsfraktion hat mich als Mitglied dieses Untersuchungsausschusses benannt. Ich bin mir der besonderen Verantwortung dieser Aufgabe sehr bewusst und danke meiner Fraktion, dass sie dieses Vertrauen in mich gesetzt hat.

Gerade wir als CDU haben das größte Interesse, dass der Mord an unserem Parteifreund restlos aufgeklärt wird und auch die

Hintergründe der Tat aufgedeckt werden. Wir empfinden es daher als unsere Pflicht, uns an die Spitze der Aufklärung zu stellen. Walter Lübcke war nach vielen Jahren in kommunalen Mandaten in Wolfhagen und im Kreis Kassel-Land über zehn Jahre Mitglied des Hessischen Landtages und seit 2009 Regierungspräsident in Kassel. Mit seiner offenen und direkten Art war er bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr beliebt und hat sich engagiert für die Grundsätze und Werte der CDU eingesetzt. Dafür musste er schließlich sein Leben lassen.

Die mutmaßlichen Täter stehen aktuell in Frankfurt vor Gericht, wo die juristische Aufklärung erfolgt, in die wir vollstes Vertrauen haben. Die Aufgabe des Hessischen Landtages ist es, aus politischer Sicht offene Fragen zu klären und die Schlüsse daraus zu ziehen. Deshalb haben wir als CDU-Fraktion der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zugestimmt, denn es ist unsere Verantwortung und Verpflichtung gegenüber Walter Lübcke, alles zur Aufklärung dieses niederträchtigen und verabscheuungswürdigen Verbrechens beizutragen. ■

CDU vor Ort

Goetheturm ganz wie der alte – nur heller



Mehr als 70 interessierte Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung der CDU-Stadtverordnetenfraktion und der CDU Frankfurt-Sachsenhausen zur Baustelle des Goetheturms in den Stadtwald kurz vor dem Richtfest gefolgt. Baudezernent, Stadtrat Jan Schneider, erläuterte nicht ohne Stolz, es sei gelungen, in weniger als drei Jahren den aus spanischer und französischer Edelkastanie und aus baden-württembergischer Eiche bestehenden neuen Goetheturm originalgetreu wie seinen am 12.10.2017 abgebrannten Vorgänger zu errichten – eine für ein öffentliches Sonderbauvorhaben bemerkenswert kurze Zeit. Bald haben die Be-

sucherinnen und Besucher dieses beliebten Ausflugsziels nach etwa 200 Treppenstufen von der 40 m hohen Aussichtsplattform einen großartigen Panoramablick nicht nur auf Frankfurt, sondern auch auf Taunus, Spessart, Odenwald und das rheinhessische Hügelland.

Der 3 ha große Waldspielplatz mit seinem hölzernen Irrgarten und die Turmgastronomie runden jeden Familienausflug ab. Dann ist die Goetheturm-lose Zeit endlich vorbei, denn „Frankfurt ohne Goetheturm ist wie eine Hochzeit ohne Kuss“. Der neue Turm ist bereits der dritte an dieser Stelle. Der 1867 errichtete 22 m hohe Turm musste vor rund

100 Jahren wegen Baufälligkeit abgerissen werden, ehe 1931 der Vorgängerbau kurz vor dem Goethejahr 1931 erstellt wurde. Dieser Turm war der höchste öffentlich zugängliche Holzbau Deutschlands bis in Magdeburg der 60 Meter hohe „Jahrhundertturm“ zur BUGA 1999 eröffnet wurde. Auch dieses Bauwerk wurde von derselben Holzbaufirma wie der Goetheturm errichtet. Am Beispiel Goetheturm zeigt sich: Holz ist ein Baumaterial mit Zukunftspotenzial – bereits mehrere Kitas und Schulen sind in Frankfurt aus Holz errichtet worden ebenso mehrere Aufstockungen bestehender Wohngebäude in der Platen- und Fritz-Kissel-Siedlung. (jh) ■

Auch in Zeiten von Corona politisch Flagge zeigen

Das wohl auffälligste Accessoire des Jahres 2020 ist der Mund-Nasenschutz. Egal welches Geschlecht, welches Alter, jeder trägt momentan eine Maske. Dies hat die CDU Westend zum Anlass genommen, um für ihre Mitglieder und Freunde eben solche Masken fertigen zu lassen – zu 100 % aus zertifizierter Bio-Baumwolle und fair produziert von der Frankfurter Schneiderei Stitch by Stitch. Natürlich mit einem kleinen aber feinen Hinweis auf die CDU. So bleibt das Westend auch in Zeiten von Corona bestens geschützt und zeigt dabei gleichzeitig politisch Flagge. (ak) ■



Der Vorstand der CDU Westend auf dem Uni-Campus

Die Masken werden auf Spendenbasis ausgegeben, bei Interesse schicken Sie gerne eine Mail an kaufmann@cdu-ffm-westend.de.

Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU e.V.:

Ohne Mittelstand keine Rückkehr auf den Wachstumspfad

50 Prozent der Wirtschaft sind Psychologie, wie einst Ludwig Erhard analysierte. Die deutsche Politik hat zweifellos in der Corona-Krise das meiste richtig gemacht, aber ein starkes Aufbruchssignal für den Mittelstand ist leider ausgeblieben. Jedenfalls hat Bundesfinanzminister Scholz bei seinem angekündigten „Wumms“ durch das Corona-Paket weniger an die Hunderttausenden Familien- und Personenunternehmer gedacht, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden und Millionen Arbeitnehmer beschäftigen.

Corona muss gerade für vieles herhalten, was nicht notwendigerweise so geregelt werden müsste. Manches wie neue Staatsbeteiligungen oder radikale Eingriffe wie in der Wohnungspolitik lassen eher den Verdacht einer ungesunden staatlichen Selbstüberschätzung aufkommen. Deutschland muss zurück zu den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Nur durch sie und eine weitgehend solide Finanzpolitik ist unser Land zum Erfolgsmodell geworden - und kann heute besser auf diese Krise reagieren als die meisten Staaten in Europa. Die letzten Monate sollten uns eine Mahnung sein: So wie gesundheitlich vorbelastete Patienten stärker von Corona betroffen waren, verhielt es sich leider auch mit einigen europäischen Staaten.

Die Lage Deutschlands selbst darf allerdings nicht beschönigt werden: Es war schon vor der Krise deutlich spürbar, dass die Konjunktur ins Stottern geraten ist. Es herrscht Reformstau in der Steuerpolitik und bei den öffentlichen Verwaltungen. Wir haben uns zu sehr auf den Erfolgen der letzten zehn Jahre mit stetem Wachstum und Beschäftigungsrückgang ausgeruht. Unsere Wettbewerbsfähigkeit hat im internationalen Vergleich auf fast allen Feldern erheblich nachgelassen: Steuern, Energiepreise, Arbeits- und Sozialkosten sowie Bürokratieaufwand.

Durch die innere Blockade der Regierungskoalition fällt Deutschland auch in den großen Linien der Steuerpolitik immer stärker gegenüber den wichtigsten Industrienationen zurück. Bereits vor der Corona-Krise lag un-

ser Land an der Spitze der OECD-Steuerbelastungsstatistik. Ein Beispiel: In der zurückliegenden Dekade ist der Unternehmenssteuersatz in Großbritannien von 28 auf 19 Prozent gesunken, während die Gesamtsteuerbelastung hierzulande durch steigende Gewerbesteuerhebesätze auf durchschnittlich knapp 30 Prozent gestiegen ist. Große Steuerreformen in den USA und Frankreich haben unsere Wettbewerbsposition noch weiter geschwächt. Diese Standortnachteile müssen durch eine umfassende Unternehmenssteuerreform und eine verbesserte Thesaurierung für den Mittelstand beseitigt werden. Ich will nicht verhehlen, diese Steuer-Mathematik ist kaum der angemahnte „Wumms“ für den Mittelstand. Den notwendigen psychologischen Effekt erwarte ich jedoch von der kompletten Abschaffung des Solidaritätszuschlages. Längst ist das jahrelange Festhalten am Soli zum ärgerlichsten Negativ-Symbol für Unternehmer und Führungskräfte in unserem Land geworden. Die Deutsche Einheit ist als Begründung längst weggefallen, aber der Staat kassiert ihn einfach weiter.

Die kurzfristige Deckelung der EEG-Umlage im Rahmen des Corona-Hilfspaketes täuscht darüber hinweg, dass die Industriestrompreise in Deutschland ein erhebliches Problem sind. Die unerlässliche EEG-Befreiung für energieintensive Unternehmen ist das eine, aber für die Breite der deutschen Industrie wird Energie zu einem immer größeren Kostenfaktor. Bei 54 Prozent staatlich beeinflusstem Anteil am Strompreis ist die Politik besonders gefordert. In der aktuellen Lage muss entschieden davor gewarnt werden, auf europäischer Ebene durch eine Verschärfung der Klimaziele weiter aufzusatteln. Nur mit technologieoffenen Lösungen können wir sowohl als Industriestandort, als auch klimapolitisch zum weltweiten Vorbild werden und nachhaltig wachsen.

Wirtschaftswachstum ist die Grundlage für unseren Sozialstaat. In den fünf Jahren bis 2019 sind die Sozialausgaben schneller als die Wirtschaft auf über eine Billion Euro angewachsen. Damit lebt unser Land schon län-



Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

ger über seine Verhältnisse. Dieser Trend wird sich jetzt in der Krise nochmals verstärken und die Ausgaben weiter steigern. Zum Vergleich: 1991 lagen die Sozialausgaben noch bei rund 400 Milliarden Euro, im Jahr 2000 waren es rund 600. Jetzt sind es 1.040 Milliarden Euro. Das schränkt die Gestaltungsspielräume zukünftiger Generationen drastisch ein. Ein neuer Generationenvertrag muss deshalb die Eindämmung der Gießkannenpolitik und den zügigen Wiedereinstieg in den Schuldenabbau beinhalten.

Bürokratieabbau wäre ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif. Gerade jetzt sollte deshalb gelten: Weniger ist mehr! Die Abschaffung von überflüssigen Regelungen und Statistikpflichten, die Beschränkung auf einfachere Verfahren, die Beschleunigung von Genehmigungsprozessen kosten den Staat selten Geld, machen sich aber bezahlt: für Unternehmen, für staatliche Behörden und letztlich für den Standort Deutschland. Gerade für unsere mittelständischen Familienunternehmen ist das eine Erleichterung, die sich nicht wie Konzerne große Abteilungen für die Bewältigung vielfältiger regulatorischer Auflagen leisten können.

Wir können im verschärften globalen Wettbewerb nur mit gezielten Investitionen in eine digitalisierte, wissensbasierte Ökonomie aufschließen. Den Wachstumskern für eine gesunde Wirtschaft bildet immer der Mittelstand vom Gründer, der sich hochkämpft, bis zum großen Familienunternehmen, das es zum Hidden Champion, dem Weltmarktführer in einem besonderen Marktsegment geschafft hat. Das muss die Politik wieder stärker beherzigen. ■

Vereinigungen

Moderne Sicherheitspolitik für Frankfurt

Junge Union zur Schieflage in der Sicherheitspolitik

Sicherheit und Ordnung gehören zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Eine internationale Großstadt wie Frankfurt ist im ganz besonderen Maße auf ein friedliches Miteinander angewiesen, um sich als Ort von hoher Lebensqualität voll entfalten zu können. Deshalb ist es wichtig, schnell und entschieden auf sicherheitspolitische Schieflagen zu reagieren.

Zu einer solchen Schieflage ist es im Bahnhofsviertel gekommen. Die dortige Situation muss sich dringend verbessern. Der Frankfurter Weg in der Drogenpolitik ist seit langer Zeit Vorbild für zahlreiche Städte im In- und Ausland. In der Drogenpolitik der Stadt Frankfurt werden sowohl der Schutz der Bürgerinnen und Bürger als auch die Reduzierung des Schadens für die

Drogenabhängigen als wichtig angesehen. Dennoch leiden Anwohner/innen und Gewerbetreibende im Bahnhofsviertel unter dem offenen Handel und Konsum von Drogen. Die Junge Union fordert deshalb, in Zukunft noch entschiedener gegen den Handel von Drogen vorzugehen und somit den damit verbundenen Problemen im Bahnhofsviertel entgegenzutreten und gleichzeitig eine Ausbreitung der Probleme in angrenzende Stadtviertel zu verhindern. In diesem Zusammenhang sollte auch die Gewalt- und Drogenprävention stärker ausgebaut werden. Das seit einiger Zeit diskutierte Zürcher Modell kann eine Chance für das Bahnhofsviertel sein. Es stützt sich auf vier Säulen: Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression. Zentrales Anliegen ist es, den kranken Menschen zu helfen, ihnen, wenn nötig, Grenzen zu setzen und konsequent die Einhaltung der geltenden Regeln zu kontrollieren.

Diesem und anderen Themen hat sich auch der Frankfurter Sicherheitsdezernent, Markus Frank (CDU), angenommen. Er kämpft für ein sauberes und sicheres Frankfurt. Ausgebremst wird er hierbei mal wieder von Peter Feldmann. Dieser weigerte sich sogar in einer Stadtverordnetenversammlung, Frank das Wort zu erteilen. „Mit seinem Verhalten hat Peter Feldmann einmal mehr gezeigt, dass es



Bild: Joshua Mohr
Martin-Benedikt Schäfer, Kreisvorsitzender der Jungen Union Frankfurt

ihm nicht um die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger geht, sondern nur um sich selbst“, kommentiert der Vorsitzende der Jungen Union, Martin-Benedikt Schäfer, das Verhalten des Oberbürgermeisters.

Wie wichtig ein schnelles und entschiedenes Vorgehen im Bereich der Sicherheitspolitik ist, haben auch die gewalttätigen Ausschreitungen auf dem Opernplatz gezeigt. Bei den Ausschreitungen wurden fünf Polizeibeamte verletzt und mehrere Einsatzfahrzeuge beschädigt. Insgesamt wurden 39 Personen vorläufig festgenommen. Die Junge Union verurteilte die Ausschreitung auf das Schärfste. In diesem Zusammenhang kritisierte die Junge Union auch, dass seit Wochen und Monaten die Stimmung gegenüber der Polizei aufgeheizt wurde. „Wer unsere Polizei ständig unter Generalverdacht stellt, darf sich nicht wundern, wenn diese vermehrt zur Zielscheibe von Gewaltexzessen wird“, so Schäfer. Dabei leisten die Beamtinnen und Beamten eine großartige Arbeit. „Unser Dank gilt den Polizistinnen und Polizisten. Sie sorgen jeden Tag für unsere Sicherheit und verdienen unsere Anerkennung“, so Schäfer abschließend.

Die letzten Monate haben deutlich gezeigt, dass es eine verlässliche und moderne Sicherheitspolitik nur mit der CDU geben kann. Die Junge Union wird hierzu ihren Beitrag leisten. (ju) ■



Sexuellen Kindesmissbrauch wirksam bekämpfen

Frauen Union fordert umfassende Strategie für Kinderschutz

Die Frauen Union Hessen (FU) fordert angesichts der aktuellen Diskussion, Kinder wirksamer vor Gewalt und Missbrauch zu schützen sowie Täter härter und konsequent zu bestrafen. „Wir brauchen einen Dreiklang für den Kinderschutz: Täter härter bestrafen, Ermittlungsmöglichkeiten für die Polizei verbessern und Prävention für Kinder ausweiten“, sagt Diana Stolz, Landesvorsitzende der FU Hessen. Diesen Forderungen schließt sich der Kreisvorstand der FU Frankfurt vollumfänglich an. Das Thema muss auf allen Ebenen angegangen werden. Die Hessische Justizministerin Eva Kühne-Hörmann fordert bereits seit 2014 Strafschärfungen in diesem Bereich, die jedoch vom SPD geführten Bundesjustizministerium ausgebremst wurden. Daneben fordert die FU Hessen weitere juristische Regelungen, die nötig sind, um Missbrauch zu entdecken und vorzubeugen. Ermittler brauchen zur Strafverfolgung dringend die Verbindungsdaten der Täter. Der Datenschutz der Täter dürfe nicht über dem Kinderschutz stehen. Für Hessen fordert die FU die Einrichtung eines Landesbeauftragten für die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kin-

dern. „Die seelischen Verletzungen, die den Kindern von Tätern beigebracht werden, haben ein unvorstellbares Ausmaß“, führt die Frankfurter Bundestagsabgeordnete Bettina M. Wiesmann aus, Mitglied der Kinderkommission des Bundestages und ehem. Stellvertretende Landesvorsitzende der FU Hessen.

„Sexueller Missbrauch hinterlässt massives Leid mit mörderischen Folgen für die Seele, die oft über ein Leben oder Jahrzehnte nachwirken. Dass die Taten auch noch gefilmt und verbreitet worden sind, kommt ihrer unendlichen Wiederholung gleich; man wird sie im wahrsten Sinne nie wieder los.“ so Wiesmann, die bereits 2010 als Landtagsabgeordnete mit dem Thema befasst war. „Es ist deshalb an der Zeit, eine Empfehlung der Enquête-Kommission ‚Kein Kind zurücklassen‘ von 2018 umzusetzen: die Einrichtung eines Landesbeauftragten für die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern - zur Wahrnehmung dieser mehrere Ressorts und Kompetenzebenen übergreifenden Aufgabe. Damit würden die jahrelangen wichtigen Bemühungen der Hessischen Landesregierung mehr Durchschlagskraft und höhere

Sichtbarkeit erhalten und dem Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung stände ein starker Partner auf Landesebene gegenüber.“

Außerdem müssen Kinder schon bei Verdacht auf Misshandlung geschützt werden und eine rechtssichere Dokumentation als Grundlage für weitere Entscheidungen, z. B. vor Gericht, vorhanden sein. Dies soll durch den dringend nötigen Ausbau von Kinderschutzambulanzen geschehen.

Gleichzeitig müsse allen Beteiligten klar sein, dass Kinderschutz noch früher beginne. Selbstverständlich müsse es Schutzkonzepte gegen sexuellen Kindesmissbrauch in Kindertagesstätten, Schulen sowie in der Kinder- und Jugendhilfe und regelmäßige Überprüfung der dort arbeitenden Bezugspersonen geben.

Auch Familien müssen stärker als bisher begleitet und unterstützt werden. „ Vernachlässigung ist auch eine Form der Kindesmisshandlung - wir müssen Problemlagen in Familien daher früh erkennen und vorbeugen, zum Beispiel mit Maßnahmen wie den ‚Frühen Hilfen‘, die in Frankfurt fest verankert sind“, sagt Kreisvorsitzende Sylvia Hornung. (ss) ■



Mobilität sichert unseren Wohlstand

Rhein: „Frankfurt braucht eine moderne Verkehrs- und Mobilitätspolitik.“

Frankfurt ist das Zentrum einer der produktivsten und dynamischsten Regionen Europas und die Heimat von Unternehmen aus aller Welt. Als Finanzzentrum ist die Mainmetropole weltweit bekannt, aber auch große Industrieunternehmen, die Logistikbranche und die Kreativwirtschaft sind fester Bestandteil des Frankfurter Wirtschaftslebens. Einer der zentralen Erfolgsfaktoren ist die gute Erreichbarkeit des Standortes. Der internationale Flughafen, die gute Anbindung an das Straßen- und Autobahnnetz und der Schienenknoten sind entscheidende Wettbewerbsvorteile und ebnen den Weg für den wirtschaftlichen Erfolg der hiesigen Unternehmen.

Die Attraktivität Hessens größter Stadt hat in den letzten Jahren zu einem enormen Bevölkerungswachstum geführt. Ende

2019 wurden bereits über 760.000 Einwohner gezählt. Neben der weiter steigenden Einwohnerzahl hat auch die Anzahl der sozial-versicherungspflichtig Beschäftigten mit über 600.000 einen neuen Höchststand erreicht. Dies hat zur Folge, dass jeden Tag rund 380.000 Arbeits- und Fachkräfte in die Stadt pendeln. Eine funktionierende und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist deshalb von grundlegender Bedeutung.

Mit großem Bedauern hatte deshalb die Frankfurter Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) die dreizehn Monate lange planlose Sperrung des Mainkais aufgenommen. Das Scheitern dieses Verkehrsversuchs zeigt einmal mehr, wie wichtig eine moderne Verkehrs- und Mobilitätspolitik ist. „Die Frankfurter Wirtschaft, insbesondere der innerstädtische Einzelhandel,



MIT-Kreisvorsitzender Dr. h. c. Boris Rhein

ist auf eine gute Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Nur wenn die Erreichbarkeit der Stadt durch unterschiedliche Verkehrsträger sichergestellt ist, wird Frankfurt auch weiterhin ein attraktiver Standort zum Leben und Arbeiten bleiben“, so der Vorsitzende der MIT Frankfurt und Landtagspräsident Boris Rhein. (MIT-Redaktion) ■

CDA-Frankfurt

Ausbeutung von Beschäftigten in der Fleischindustrie muss unterbunden werden

Anfang September hat der Bundestag in erster Lesung über das Arbeitsschutzkontrollgesetz beraten. Der Vorsitzende der CDA Frankfurt, Matthias Zimmer, erklärte, mit dem Gesetz solle der Arbeitsschutz vor allem in der Fleischwirtschaft gestärkt werden. „Um gute Arbeitsbedingungen, Gesundheitsschutz und eine menschengerechte Gestaltung der Arbeit in der Fleischwirtschaft zu gewährleisten, wird in erster Linie die Kontrolldichte deutlich erhöht“, so der Frankfurter CDU-Bundestags-

abgeordnete Zimmer. Vorgesehen sei zudem ein Verbot des Einsatzes von Fremdpersonal im Bereich des Kerngeschäfts Schlachten, Zerlegen und Verarbeiten von Fleisch, erklärte Zimmer. „Werkverträge an sich können ein sinnvolles Instrument sein, aber sie haben im Kerngeschäft der industriellen Fleischverarbeitung nichts zu suchen. Wir werden mit dem Gesetz den organisierten Missbrauch von Werkverträgen und die systematische Ausbeutung von Beschäftigten stoppen“, betonte Zimmer.

Mit dem Gesetz werden wir zudem eine elektronische Arbeitszeitkontrolle verpflichtend einführen. „Verstöße werden wir härter bestrafen, die Bußgelder für Verstöße werden verdoppelt. Außerdem werden zu Gemeinschaftsunterkünften mit direktem Bezug zum Arbeitsplatz branchenübergreifend Mindestanforderungen festgeschrieben und ebenfalls stärker kontrolliert“, bekräftigte Zimmer abschließend.

(mz) ■

Erneute Teilnahme am WORLD CLEANUP DAY

Unter dem Motto „CDUvsMüll“ nahm die CDU Frankfurt auch dieses Jahr am „Frankfurt Cleanup“ teil. Angeführt von dem Kreisvorsitzenden Jan Schneider und dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Nils Köbler setzte der Kreisverband ein Zeichen für mehr Sauberkeit im Straßenbild.

Unterstützt von den Stadträten Prof. Dr. Daniela Birkenfeld und Markus Frank sowie dem Vorsitzenden der Jungen Union Frankfurt, Martin-Benedikt Schäfer, entsorgten sie Unrat im Bereich der Hauptwache, der Zeil und der Untermainbrücke.

Schneider und Köbler betonten die gesellschaftspolitische Bedeutung eines sauberen Straßenbildes. „Ein solches ist wahrlich kein Selbstzweck. Die unterschiedlichsten Aspekte unseres Alltags sind eben nicht nur von Sicherheit, sondern

auch von Sauberkeit betroffen. Daher treten wir nachdrücklich für ein größeres Engagement vor allem auch an dieser Stelle ein“, so Schneider. Längst ist es wissenschaftlich bewiesen: Eine saubere Stadt stärkt nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl. Sie ist auch entscheidend für ein tatsächlich sicheres Umfeld.

Daher beteiligten sich auch zahlreiche unserer Stadtbezirksverbände an der Aktion – auch dies zum wiederholten Mal. „Insbesondere bei einem klassischen CDU-Thema wie Sauberkeit setzen wir auf unsere kommunalpolitischen Experten vor Ort“, so Köbler.

So heterogen die Frankfurter Stadtteile sein, das christdemokratische Engagement für Sauberkeit kenne keine Stadtteilgrenzen, ergänzte Schneider. (red) ■



Terminplan für die Kommunalwahl 2021

23.08.2020 | Kreisparteitag

03.10.2020 |



14.12.2020 |
Noch 90 Tage bis zur Kommunalwahl 2021

24.12.2020 | Heilig Abend



31.01.2021 |
Noch 6 Wochen bis
zur Kommunalwahl 2021

01.02.2021 |
Beginn der Briefwahl



17.02.2021 |
Politischer Aschermittwoch



14.03.2021
Kommunalwahl 2021

Weitere Informationen zu unseren Terminen finden Sie auf: www.cduffm.de

Wir alle.
Für Frankfurt.

Besuchen Sie uns auch auf:



[cdu_frankfurt](https://twitter.com/cdu_frankfurt)



www.facebook.com/CDUFrankfurt



[@cdufrankfurt](https://www.instagram.com/cdufrankfurt)